

## Stenographischer Bericht

über die

# 18. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz

im Landtagsgebäude zu Mainz

am 28. März 1952

Tagesordnung	Seite
<b>Fortsetzung der Beratung der Einzelpläne in zweiter Lesung</b>	
<b>Einzelplan IX - Ministerium für Unterricht und Kultus -</b>	547
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß - Drucksache II/228 - (mit Berichtigung)	
Berichterstatter: Abg. Frau Dr. Gantenberg	547
<b>Dazu: Anträge der Fraktion der CDU</b>	
- Drucksache II/235 - überholt durch Annahme von Drucksache II/268	567
- Drucksache II/237 - zurückgezogen	566
- Drucksache II/267 - abgelehnt	567
<b>Anträge der Fraktion der SPD</b>	
- Drucksache II/249 - angenommen	567
- Drucksache II/250 - angenommen	567
- Drucksache II/258 - angenommen	567
- Drucksache II/268 - angenommen	567
<i>Drucksache II/228 (mit Berichtigung) einstimmig angenommen</i>	567
<i>Einzelplan IX bei Stimmenthaltung der SPD angenommen</i>	568

### Am Regierungstisch:

Die Staatsminister Dr. Finck, Dr. Nowack, Staatsminister a. D. Junglas,  
Ministerialdirigent Dr. Dahlgrün

### Es fehlten:

Entschuldigt: Die Abgeordneten Altmeier, Becher, Heller, Hillesheim  
Susanne, Stübinger, Dr. Zimmer

Unentschuldigt: Die Abgeordneten Diel Jakob, Schweinhardt

## Rednerverzeichnis:

Vizepräsident Bögler . . . . .	547, 548, 551, 553
Vizepräsident Wilms . . . . .	556, 558, 559, 560, 562, 563, 565, 566, 567
Dr. Asholt (SPD) . . . . .	556
Bauer (SPD) . . . . .	566, 567
Beckenbach (SPD) . . . . .	558, 566
Dr. Dr. Christoffel (CDU) . . . . .	548, 566
Gänger (SPD) . . . . .	559
Dr. Gantenberg (CDU) . . . . .	547
Hertel (SPD) . . . . .	562
Martenstein (FDP) . . . . .	553
Schäfer (SPD) . . . . .	551
Schlick (CDU) . . . . .	563
Schuler (CDU) . . . . .	566
Sommerey (FDP) . . . . .	560, 562, 565
Staatsminister Dr. Finck . . . . .	563
Staatsminister Dr. Nowack . . . . .	565



**18. Plenarsitzung des Landtages Rheinland-Pfalz  
am 28. März 1952**

Die Sitzung wird um 9,15 Uhr durch den Landtagsvizepräsidenten Bögler eröffnet.

**Vizepräsident Bögler:**

Meine Damen und Herren! Die 18. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz ist eröffnet. Beisitzer der heutigen Sitzung sind Frau Abgeordnete Seppi und Herr Abgeordneter Drathen. Die Rednerliste führt Frau Abgeordnete Seppi. Für die heutige Sitzung ist entschuldigt der Herr Abgeordnete Heller.

Der Ministerpräsident hat dem Herrn Präsidenten des Landtages folgenden Brief zugehen lassen:

„Es ist mir leider nicht möglich, die morgige Sitzung des Landtages wahrzunehmen, da ich zusammen mit den Herren Ministern Dr. Zimmer, Becher und Stübinger an den Beratungen des Bundesrates, die zum gleichen Zeitpunkt stattfinden, teilnehme.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit erneut die Bitte aussprechen, die Freitage nicht für Sitzungen des Landtages vorzusehen, da der Bundesrat stets Freitags zusammentritt.“

Dem Ältestenrat war die Tatsache der Abwesenheit der Herren Minister am heutigen Tage bekannt.

Auf der Tagesordnung steht nunmehr der **Haushaltsplan des Ministeriums für Unterricht und Kultus, Einzelplan IX.**

Berichtersteller für den Haushalts- und Finanzausschuß ist Frau Abgeordnete Dr. Gantenberg. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Gantenberg:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich bei meinen Ausführungen auf die wesentlichsten Punkte der Debatten über den Kultusetat im Haushalts- und Finanzausschuß beschränken. Bei den Beratungen gab zu Beginn der Debatte über den Etat der Johannes-Gutenberg-Universität der Herr Kultusminister einen Bericht über den Konflikt zwischen Rektor und Senat auf der einen und Kurator auf der anderen Seite. Dieser Konflikt, der in der Öffentlichkeit einiges Aufsehen erregte und über den auch reichliche und sogar falsche Meldungen vorliegen, hat seine Quellen einmal in persönlichen Schwierigkeiten, zum anderen und vor allem aber in der unklaren Abgrenzung der Zuständigkeiten der einzelnen Organe der Universität. Die Rechtsgrundlage der Universität ist das Statut, das aus der Zeit der Universitätsgründung stammt.

Das Kultusministerium hat durch Landgerichtspräsidenten Molz eine gründliche Untersuchung durchführen lassen. Die Angaben in der Presse, es stimme in der Verwaltung nicht, sind durchaus unrichtig. Es ist kein Grund vorhanden, gegen den Kurator disziplinarisch vorzugehen, dessen Qualitäten als Verwaltungsfachmann von dem Finanzministerium ebenso anerkannt wurden wie vom Kultusministerium. Um die persönlichen Schwierigkeiten zu vermindern und die umstrittenen Zuständigkeiten zu klären, hat das Kultusministerium ein Kuratorium eingesetzt. Der Entwurf eines Hochschulgesetzes, das die Rechtsverhältnisse abgrenzt und die Zuständigkeiten an den Hochschulen festlegt, liegt seit zwei Jahren vor. Es ist im Senat stecken geblieben. seine Beratung dort soll aber nun abgeschlossen werden. - Der Ausschuß nahm diesen Bericht des Herrn Kultusministers ohne Debatte entgegen.

Es folgte dann der Bericht des Rechnungshofes. Der Haushalts- und Finanzausschuß hatte in der vorjährigen Etatberatung den Rechnungshof beauftragt, die Verhältnisse an den Kliniken zu prüfen. Anschließend an diesen Bericht beschloß der Haushalts- und Finanzausschuß, zum Zwecke einer klareren Etatisierung die bisherigen Beilagen zum Kultusetat, 1. Johannes-Gutenberg-Universität, 2. Universitätskliniken, 3. Auslands- und Dolmetscherinstitut Germersheim unter Kapitel 2 bzw. 3 in den Haushaltsplan zu übernehmen.

Bei Kap. 6 „Sonstiges für Wissenschaft“ wurde durch die Forderung eines Zuschusses für die Akademie der Wissenschaften und der Literatur eine Debatte ausgelöst, die nicht abgeschlossen wurde. Die Angelegenheit sollte in den Fraktionen noch einmal besprochen werden, wurde aber zunächst dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen.

Tit. 403 desselben Kapitels wurde um 5000 Mark erhöht, die als Anteil des Landes dem Forschungsinstitut für das graphische Gewerbe in München einmalig zur Verfügung gestellt werden.

Bei Kapitel 7 „Volksschulen“ ergab sich eine ausgedehnte und gründliche Aussprache über die Möglichkeiten, die Notlage der Junglehrer zu mildern. Über die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen waren sich die Ausschußmitglieder aller Fraktionen einig. Der Referent des Kultusministeriums berichtete, daß sich beim Bund äußerste Geneigtheit zeige, bei der Neuordnung der Beamtenbesoldung die Notlage der Lehrer zu berücksichtigen und die Diskrepanz zu beseitigen, die zwischen den Anforderungen der Berufsvorbereitung und der hohen Verantwortung auf der einen Seite, und der geringen Besoldung auf der anderen Seite besteht. Diese Neuordnung soll noch in diesem Kalenderjahr erfolgen.

Aber das Bundesgesetz vom Dezember 1951 enthalte, so wurde berichtet, eine Sperrklausel, die den Ländern eine Änderung der Lehrerbeseoldung gesetzlich unmöglich mache. Da infolge des Art. 131 GG etwa 650 Planstellen unbesetzt sind und auch nicht besetzt werden können, ist die Ernennung der Anwärter zu außerplanmäßigen Lehrern und die der außerplanmäßigen Lehrer zu planmäßigen Lehrern ins Stocken geraten. Darin liegt ein großer Teil der Not, vor der wir augenblicklich stehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß faßte hierzu folgenden Beschluß:

„Der Haushalts- und Finanzausschuß ersucht die Landesregierung, im Rahmen der durch den § 16 des Gesetzes zur Durchführung des Art. 133 GG gebotenen Möglichkeiten, baldigst mindestens ein Drittel der vorhandenen außerplanmäßigen Stellen von älteren Lehrern in planmäßige Stellen umzuwandeln und bei dem zuständigen Bundesministerium auf Erlaß dahingehender Richtlinien und Ausführungsbestimmungen hinzuwirken.“

In diesem Kapitel wird Ausgabetitel 101, da er überschätzt erscheint, um 2 Millionen gekürzt, wovon 1 Million dem Titel 710 „Volksschulbauten“ zufließt, der sich damit auf 2 Millionen beläuft.

In Kapitel 9 „Realschulen“ hat die Regierungsvorlage mit der Begründung der gestiegenen Personalkosten die Stellenbeiträge der Gemeinden zu den Personalkosten erheblich erhöht, und zwar von 450 auf 470 Millionen und von 360 auf 450 Millionen Mark. Im Ausschuß wurden mit Rücksicht auf die Finanzlage der betreffenden Gemeinden die alten Sätze wiederhergestellt.



Zum Kapitel 13 „Berufsschulen“ wurde von der Landesregierung ein neuer Entwurf vorgelegt, der im Einklang steht mit den Gegebenheiten des neuen Berufsschulgesetzes. Er enthält gegenüber der ersten Vorlage ein Mehr von 544 000 Mark. In den Beratungen des Ausschusses wurde darüber hinaus der Titel 853 „Zuschüsse und Darlehen für Berufsschulbauten“ von 70 000 auf 1 000 000 DM und Titel 854 „Zuschüsse zur Errichtung von schulischen Einrichtungen“ von 30 000 auf 80 000 DM erhöht, so daß dieses Kapitel jetzt mit einem Zuschuß von 4 269 000 DM abschließt.

Zum ersten Male wurde die Ingenieurschule Kaiserslautern aus Kapitel 18 mit einem Betrag, und zwar global von 80 000 DM bedacht. Ab 1. Oktober wird mit der Wiedereröffnung gerechnet. Folgender Beschluß ergänzte die Beratungen:

„Der Haushalts- und Finanzausschuß ersucht die Landesregierung, zur Beschlußfassung durch den Landtag baldigst einen spezifizierten Vorschlag für Wiedereingangssetzung der Ingenieurschule Kaiserslautern noch im Verlaufe des Haushaltsjahres vorzulegen.“

Im übrigen gibt es nur die Änderungen, die Sie gedruckt vor sich sehen und die aufzuzählen ich mir ersparen kann. Der Haushalts- und Finanzausschuß bittet Sie, dem Voranschlag zuzustimmen.

#### Vizepräsident Bögler:

Ich danke der Frau Abgeordnete Dr. Gantenberg für die Berichterstattung.

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Christoffel von der CDU.

#### Abg. Dr. Christoffel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der Haushalt des Ministeriums für Unterricht und Kultus der 100-Millionen-Grenze nahekommmt und damit etwa ein Sechstel des gesamten Landeshaushalts ausmacht, und wenn er um 11 Millionen, das sind etwa 10 v. H., höher liegt als der vorjährige Etat, so dürfte in diesen Relationen immerhin zum Ausdruck kommen, wie sehr unserem Lande, obwohl es in seiner geographischen und wirtschaftlichen Struktur mit zu den finanzschwachen im Bunde zählt, die Kulturpolitik am Herzen liegt. Ein Vergleich mit den anderen Bundesländern würde unseren guten Kulturwillen vielleicht noch augenfälliger machen, wenn wir uns auch noch mancherlei hoffentlich nur einstweilige Verzichte schmerzlich eingestehen wolien.

Auch in der pädagogischen und kulturhütenden und kulturschaffenden Provinz gibt es, wenngleich ihre Zielsetzungen im ideellen Raume liegen, kein Gedeihen ohne den Einsatz materieller Mittel. Solange diese nun einmal nicht in dem wünschenswerten Maße verfügbar gemacht werden können, im Sinne einer gerechten und ausgleichenden Gestaltung des Haushaltsplanes, muß das Fehlende vorerst wettgemacht werden durch den opferbereiten Leistungswillen aller am Werke der Erziehung und Kultur Tätigen. Nur so kann das ebensoviel berufene wie doch unvermeidliche „Defizit der Leistungen“ ausgeglichen werden in einem Etat noch so guten Willens, in einer so vergangenheitsbelasteten Zeit.

Um zu zeigen, daß dies in hohem Grade möglich ist, braucht man nicht einmal die Geschichte zu bemühen und etwa auf die wirtschaftlich dürftigen, aber geistig schöpferischen 100 Jahre unseres Volkes von 1730 bis 1830 hinzuweisen. Unsere eigenen jüngst verflossenen, aus Hunger und Entbehrung sich emporgingenden

Jahre sind ja Beweis genug. Wie könnte es wohl auch anders sein, in dem wohl ältesten, aus christlich-humanistischem Geiste lebenden deutschen Kulturlande, in dem das Bewußtsein noch mächtig ist, daß gleichzeitig neben den Naturrechten des Menschen auf Freiheit, auf Familie, auf Eigentum seine Kulturrechte stehen, sein Anspruch auf eine den Anlagen und Fähigkeiten eines jeden entsprechende geistige und sittliche Erziehung und Ausbildung seiner Kräfte.

So verstanden ist ja Kulturpolitik in bestem Sinne Sozialpolitik. Aus diesem Grunde begrüßen wir es, daß das jüngst in diesem Hause beschlossene Berufsschulgesetz im Etat seinen positiven Niederschlag gefunden hat. Zumindest kann der gute Wille der Regierung und des Landtages nicht bezweifelt werden,

(Abg. Matthes: Sehr richtig!)

bei der Steigerung des staatlichen Zuschusses zu den Berufsschulen von 1,8 Millionen im vorigen auf 4,2 Millionen in diesem Haushalt,

(Bravo! bei der CDU.)

darunter 1 Million für Berufsschulbauten, gegenüber nur 20 000 Mark im vorigen Jahre. Gewiß hätten wir mehr, noch viel mehr gewünscht, durchdrungen wie wir sind von der nicht hoch genug anzuschlagenden Bedeutung der Berufsschulen für die Berufsertüchtigung unserer heranreifenden Jugend auf der Grundlage der Versittlichung ihrer Berufsarbeit durch eine gemeinschaftsethische und religiös-sittliche Erziehung. Auch zur Verhütung der immer noch bedrohlichen Jugendlichenverwahrlosung.

Wir sind uns auch der besonderen Opfer bewußt, die den Landkreisen auferlegt sind, wenn die landwirtschaftlichen Berufsschulen ins Leben treten und mithelfen sollen, die Benachteiligung der Landjugend in ihrer Berufserziehung und damit das Bildungsgefälle der Landbevölkerung gegenüber der städtischen wettzumachen. Darum hoffen wir zuversichtlich, die Verantwortlichen in den Landkreisen möchten nicht so sehr fragen, was kosten uns unsere landwirtschaftlichen Berufsschulen, sondern was werden sie uns einmal an Segen für Menschentum und Wirtschaft einbringen?

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Es ist eine löbliche Gewohnheit der Parlamente, ihr altes Königsrecht der Etatbewilligung so aufzufassen, daß sie den Haushalt nicht nur als ein Zahlenspiel betrachten, sondern ihn von seiner Dynamik, seinen Möglichkeiten her beurteilen und ihn mit Wünschen und Forderungen auch nicht unmittelbar materieller Art angehen.

Darum wollen wir die - gemessen an unserer Wirtschaftskraft - hohen Aufwendungen für das Erziehungswesen auch im Sinne einer Stärkung der demokratisch-freiheitlichen Grundlagen unseres Volks- und Staatswesens angewandt wissen. Wir meinen damit die sinnvolle und wirksame Durchführung der einmütig von diesem Haus gewünschten politischen Gemeinschaftskunde. Wirkliche Bildung und Erziehung will ja doch den ganzen Menschen ergreifen, und indem sie das tut, erfaßt sie ihn als politisches Wesen, wobei „politisch“ in diesem hohen Sinn bedeutet: in Freiheit gebunden - in Bindung frei!

Was wir meinen, hat Platon für immer gültig ausgesprochen. „Es sagen die Weisen, daß Himmel und Erde, Götter und Menschen nur durch die Gemeinschaft bestehen, durch Freundschaft und geordnetes Verhalten, durch Besonnenheit und Gerechtigkeit, und darum nennen sie das Weltall auch Kosmos, Ordnung - nicht Unordnung und nicht Zügellosigkeit.“ Und nur das



heißt dem griechischen Weisen echte Bildung von Kind auf zur „Tugend“ - wie er sagt -, „welche die Leidenschaft und Liebe weckt, ein Staatsbürger im vollen Sinne des Wortes zu werden und der es versteht, mit Gerechtigkeit zu befehlen und zu gehorchen“. In diesem Verstande erwarten wir von der Lehrerschaft, daß sie sich mit freudigem Eifer der neugestellten Erziehungsaufgabe der politischen Gemeinschaftskunde anschließt und sie weder in nüchternen staatskundlicher Belehrung versanden noch im Vorhof der das Schulleben unmittelbar umgreifenden Gemeinschaftskleinwelt sich erschöpfen läßt.

Jede Schule ist soviel wert wie ihre Lehrer.

(Sehr wahr! bei der CDU.)

Diese unsere aus der persönlichen Erfahrung wohl eines jeden geschöpfte Erkenntnis verpflichtet uns, wenn es um die Hebung und Leistungssteigerung unserer Volksschule geht - und was sollte uns mehr am Herzen liegen, als die Sorge um den Lehrerstand in den Mittelpunkt unserer Bemühungen zu stellen! Wir halten ihre Besoldung für unzureichend, gemessen am Grad ihrer Berufsausbildung, gemessen an dem hohen Maß von Verantwortung in der Ausübung ihrer Berufstätigkeit in doch meist immer noch unwürdigen, überfüllten Schulräumen, oft genug auch immer noch unter ungünstigen physischen, psychischen und sozialen Kriegsfolgen leidenden Kindern.

Mit großer Sorge sehen wir, wie der Lebensstand der Lehrerschaft, besonders der Junglehrer, immer weiter absinkt. Um unsere Volksschule aber leistungsfähig zu erhalten, um zu verhindern, daß wertvolle Nachwuchskräfte in andere Berufe und andere Länder abwandern, treten wir mit aller Entschiedenheit dafür ein, zunächst einmal alle Möglichkeiten im Rahmen des geltenden Besoldungsrechtes wie die Anrechnung von Kriegsdienstzeiten und Abkürzung der Diätarzeit zugunsten der Lehrer restlos auszuschöpfen. Darüber hinaus bitten wir die Regierung und den Herrn Kultusminister inständig, sich beim Bund doch nachdrücklich dafür einzusetzen, daß in der - wie es heißt - bald zu erwartenden neuen Besoldungsordnung die Bezüge der Lehrer gerechter geregelt und angemessenere Förderungsmöglichkeiten für sie vorgesehen werden.

Wir begrüßen es, daß der Stellenplan des Haushalts wiederum eine erhebliche Zahl von Höhergruppierungen aufweist; andererseits aber müssen wir es bedauern, daß eine große Anzahl genehmigter Planstellen immer noch nicht besetzt werden konnte und kann, weil sie durch das 131er-Gesetz blockiert sind. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit dieses Gesetzes sind wir aber doch der Meinung, daß es an der Zeit ist, ernsthaft an eine Lockerung allzu starrer und zumal im Hinblick auf die Lehrerschaft bereits sinnlos gewordener Bestimmungen heranzugehen;

(Sehr richtig! bei der CDU.)

denn nachweislich stehen aus dem Personenkreis der 131er längst nicht mehr soviel geeignete Bewerber zur Verfügung, als wir offene Planstellen haben. So wird ohne Nutzen für die vertriebenen Lehrer unserem eigenen Lehrernachwuchs der Weg unnötig versperrt und die so dringliche Behebung der Junglehrernot verteuert. Wir bitten daher die Landesregierung und den Herrn Kultusminister, mit allem Nachdruck von der Ausnahmegenehmigung alsbald Gebrauch zu machen und auf eine wirksame Lockerung des 131er-Gesetzes beim Bund hinzuwirken, damit die Besetzung der noch offenen Planstellen und außerplanmäßigen Stellen raschestens erfolgen kann.

Muß es auch als einen Fortschritt gewertet werden, daß die Zahl der außerplanmäßigen beamteten Hilfs-

stellen im Volksschuldienst von 1440 im Etat von 1951 um 113 im neuen Etat vermehrt wurde, so genügt uns diese Erhöhung angesichts der Junglehrernot keineswegs, und wir möchten sie um hundert weitere Stellen vermehrt wissen.

Ich habe daher im Auftrage meiner Fraktion den Ihnen unter der Drucksache Nr. II/237 vorliegenden Antrag zu stellen, daß der bei Kap. 7 Tit. 103 veranschlagte Bedarf an beamteten Hilfskräften im Volksschuldienst um 100 Stellen von 1553 auf 1653 erhöht wird. Die Kosten werden aus Tit. 101 getragen.

Auch in dem für uns ganz besonders schmerzlichen Kapitel, dem Wiederaufbau kriegszerstörter Schulen, bringt uns dieser Haushalt - das muß anerkannt werden - wieder ein, wenn auch nur kleines Stück weiter. Statt der beschämend niedrigen 300 000 DM im Vorjahrsetat, die bei einem geschätzten Bedarf von etwa 40 Millionen DM nicht mehr als einen Erinnerungsposten darstellten, sind nun wenigstens 2 Millionen DM eingesetzt. Möchte sich doch auch im anbrechenden Etatjahr wieder ereignen und am liebsten noch steigern, was im vergangenen Jahr unvorhergesehene Wirklichkeit geworden ist, nämlich daß uns zum Schulbau 1,9 Millionen DM fürs Grenzland und 2 Millionen DM aus der Soforthilfe zufließen. Vielleicht erschließt sich uns für diesen Zweck, nachdem die Bemühungen des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses leider gescheitert sind, doch einmal nach glücklicher Herstellung vertraglich gleichberechtigter Beziehungen zu den Ländern der freien Welt der Markt für tragbare langfristige Kredite. Ohne das, ohne Entlastung unseres laufenden Etats von Investitionen auf lange Dauer werden wir unserer Schulraumnot auf allen Stufen unseres Unterrichtswesens sobald nicht Herr werden.

Wir betrachten unser gesamtes Schulwesen von der Volksschule bis zur Universität als eine Ganzheit, die immer noch mehr organisch auszugestalten ist, als in allen Schichten im Volksinteresse offenstehender Pyramidenbau, in dem die Eigenständigkeit jeder Stufe gewahrt bleibt.

Daß es jüngst gelungen ist, für die zuletzt auf den Plan getretenen und darum um so stärker zum Licht drängenden Berufsschulen eine vereinheitlichende Neuordnung und damit die Grundlage für neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, habe ich bereits hervorgehoben. Es sollte nun das nächste Hauptanliegen des Unterrichtsministeriums sein, einen Ausgleich nun auch auf der Ebene der höheren Schule alsbald in Angriff zu nehmen. Die ungleichmäßige regionale Streuung und Lastenverteilung auf diesem Feld ist dem Hause ja oft genug vorgetragen worden, als daß es noch eines Eindringens in Einzelheiten bedürfte.

Angedeutet sei nur, daß staatliche und kommunale höhere Schulen, Pädagogien und Realschulen buntgesprenkelt hier massiert, dort in allzuweiten Abständen über das Land ausgestreut sind. Einige als offenbare Benachteiligungen der betroffenen Bevölkerung empfundene Fälle konnten in diesem Etat nach langem Bemühen endlich bereinigt werden, und zwar durch die Verstaatlichung der höheren Schulen in Ahrweiler, Andernach, Betzdorf, Simmern, Montabaur und Bad Ems.

Wir bitten den Herrn Kultusminister, nunmehr auch Cochem, der einzigen höheren Schule an der ganzen unteren Mosel, auf einer Linie von 120 km von Trarbach bis Koblenz, durchgreifend aus ihrer Finanznot zu helfen.

Mit Befriedigung sei festgestellt, daß den kommunalen und privaten höheren Schulen die vorjährigen Zuschüsse ungeschmälert erhalten geblieben sind.



Sie stellten, Herr Kultusminister, uns unlängst die Vorlage eines Rationalisierungsplanes in Aussicht - kein schönes Wort, aber eine gute Sache -, eine Art Flurbereinigung, möchte ich sagen, auf dem Sektor des höheren Schulwesens im Sinne einer schärferen Durchführung der Begabtenauslese, die ja das A und O jeder Schulreform sein sollte. In diese Planung müssen auch die in der Umwandlung in Aufbauschulen begriffenen Pädagogien sowie die in Realschulen umbenannten Mittelschulen mit einbezogen werden. Sie müssen dort den ihnen gebührenden Platz erhalten. Denn sie haben ja eine besondere soziale Aufgabe innerhalb der ländlichen und kleingewerblichen Bevölkerung zu erfüllen. Über die Anzahl der auf die Dauer beizubehaltenden Pädagogien, die für die Übergangszeit in ihrem Bestand und ihrem einstweiligen Ausbau im Etat nicht angetastet wurden, wäre in der Planung endgültig zu entscheiden. Ob man in der Folgezeit in diesen Internatsschulen bei Schülern dieser Reife die Koedukation beibehalten soll, das mögen Pädagogen und Psychologen unter sich ausmachen.

Es ist jedenfalls ein ergiebiges Feld der Planung, Herr Minister, das sich da unter Ihrer ordnenden und glättenden Hand ausbreitet. Diese Planung sollte gleich auch mit einem schon seit langem im Kultusministerium erwogenen Schulfinanzausgleich verbunden werden.

Mit Befriedigung sei noch am Rande vermerkt, daß das leidige Zentralabitur, das die Gemüter solange in Wallung gehalten hat, ebenso wie die zentrale Aufgabenstellung bei der Aufnahme in die Sexta nun endgültig in die Geschichte der rheinisch-pfälzischen Schulpolitik eingegangen sind.

(Sehr gut! bei der CDU.)

Die Landesuniversität Mainz - es wurde vorhin bereits von der Berichterstatterin gesagt -, deren Etat bisher als Beilage in vornehmer Distanz zum Haushaltsplan des Kultusministeriums figurierte, ist diesem nun auf Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses näher gerückt und ihm eingegliedert worden. Er stellt mit seinem Zuschuß von rund 6 Millionen DM einen recht ansehnlichen Posten des Kultusetats dar. Bedauerlich, aber im Normalisierungszug der Zeit verständlich, ist, daß die Studentenzahl von 4962 im Wintersemester 1950/51 auf 3783 im Wintersemester 1951/52 zurückgegangen ist; bedauerlich auch, daß es unlängst in der sonst so verhaltenen Atmosphäre der Universität zu einem Hochschulkrach kam, der dem Herrn Kultusminister manche Sorge bereitet hat. Es ist kein Grund vorhanden - am wenigsten für die Universität selber -, den plötzlich ausgebrochenen Kompetenzkonflikt zwischen Rektor und Kurator zu dramatisieren. Die anerkannten Leistungen der Hochschule und ihr weit über die Landesgrenzen ausstrahlendes wissenschaftliches Ansehen werden nicht dadurch berührt. Es bleibt zu prüfen, ob ein unsere Universität von ihren Schwestern unterscheidender dualistischer Konstruktionsfehler vorliegt. Wir möchten wünschen, daß das vom Herrn Kultusminister angekündigte Hochschulgesetz bald die Ursache der Spannungen ausräumen und den Hochschulfrieden wiederherstellen möge.

Wir haben in unserem Lande auch eine Akademie der Wissenschaften und Literatur. Sie hat Aufgaben wissenschaftlicher Forschung, die weit über unser Land hinausreichen. Ihre Hauptaufgabe ist es, die notleidende Forschung, insbesondere die zweckfreie Forschung, zu fördern, darüber hinaus ganz besonders noch dem jungen Forschernachwuchs Forscheraufgaben zu stellen, um dadurch eine Abwanderung nach dem Osten oder nach dem Westen über den Ozean zu ver-

hindern, die ja zweifellos unserem Volke außerordentlich schädlich werden müßte. Es liegt diesen jungen Forschern nicht allein und vielleicht nicht so sehr an einem Auskommen, sondern ganz besonders daran, daß ihnen Forscheraufgaben gestellt werden.

Die Akademie der Wissenschaften in Mainz ist nun an die Regierung herangetreten - nachdem ihr die Mittel von anderer Seite bald fehlen werden -, ihr einen Zuschuß zu gewähren. Auch die drei anderen Akademien in Westdeutschland in München, Heidelberg und Göttingen erhalten staatliche Zuschüsse von den betreffenden Ländern.

Der Kulturpolitische Ausschuß ist auf Bitten des Haushalts- und Finanzausschusses mit der Frage beschäftigt worden, ob die bei uns bestehende Akademie der Wissenschaften erhaltungs- und förderungswert sei. Er hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Erhaltungs- und Förderungswürdigkeit vorliegt, daß das Land aber auf die Dauer diese Akademie nicht erhalten kann. Andererseits aber solle man angesichts der Bedeutung und der Leistungen der Akademie ihr durch einen einmaligen Zuschuß die Möglichkeit geben, sich umzustellen und aus anderen Quellen Mittel zu beschaffen, um auf die Dauer bestehen zu können.

Meine Fraktion schließt sich dieser Auffassung an und stellt folgenden Antrag:

„Bei Kap. 6 werden 80 000 DM für die Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz eingesetzt.“

Meine Damen und Herren! Im Fortschreiten unserer wirtschaftlichen Gesundung und Finanzkraft haben wir wachsende Aufmerksamkeit auch dem außerschulischen Gebiet unseres Kultushaushaltes zuzuwenden, dem, was da in bunter Fülle sich unter Kunst und Volksbildung darstellt. Auch Kulturbesitz verpflichtet! Auch Kultur kostet Geld! Wir müssen es uns als ältestes deutsches Kulturland schon etwas kosten lassen, wenn wir und unsere Kinder das uns zugefallene überaus reiche und beneidenswerte Kulturerbe erwerben wollen, um es zu besitzen.

(Beifall bei der CDU.)

Gewiß, es ist noch recht dürftig, was da auf vielen Seiten des Etats für Kulturförderung in diesem engeren Sinne ausgebracht ist: für die Erhaltung von Museen, Archiven und Bibliotheken, für die Betreuung von unschätzbaren Baudenkmalern der Vergangenheit, von Burgen, Schlössern und Altertümern, für die Pflege der Landschaft des Naturschutzes, der Bodendenkmäler, für bildende Kunst, Schrifttum, Musik, Theater und Film, und nicht zuletzt für die bei uns fast noch als Neuland anzusprechende Erwachsenenbildung. Auf manchem dieser Kulturgebiete sind, zwar immer noch unzureichend, Erhöhungen zu verzeichnen. Für die Volkshochschulen erfreulicherweise von 100 000 DM auf 115 000 DM. Sollte, wie zu hoffen steht, unser bereits von 175 000 DM auf 400 000 DM angestiegener Anteil an den Werbesendungen des Süd-West-Funks sich durch die Einführung des zweiten Programms auf Ultra-Kurzwellen noch weiter erhöhen, so ließe sich noch manches auf dem Gebiete der Kulturpflege erreichen.

Ganz unbefriedigend aber bleibt, was aus Etatmitteln für unsere schaffenden Künstler getan werden kann, besonders für die bildenden Künstler. Sie haben wohl am schwersten unter einer dem Uneingeweihten fast unvorstellbaren Existenznot zu ringen. Mit Zuschüssen allein ist es da allerdings nicht getan. Andere Wege der Hilfe müssen beschritten werden. Wir hören gerne, daß das Kultusministerium im vergangenen Jahre 200 Bilder und Plastiken angekauft und zwei Stipendiaten



einen einjährigen Studienaufenthalt im Koblenzer Künstlerhaus bewilligt hat, und daß künftig bei Bauplanungen eine bestimmte Summe für Künstleraufträge ausgeworfen werden soll.

Aber, meine Damen und Herren, was ist das für so viele? Das Mäzenatentum von ehemals ist tot. Die Neubesitzenden haben noch kein Verhältnis zur Kunst gewonnen, zumal nicht zu dem, was man moderne Kunst nennt. Man hört zuweilen gerade von ihnen den geistreichen Einwand, früher - siehe Rembrandt! - hätten die Künstler ja auch gehungert, und das habe ihre Bilder eher besser als schlechter gemacht. Mag sein, daß die Entbehrung da und dort die Triebfeder zu höherer Leistung gewesen ist, aber die neureichen Kunstbananen haben doch gewiß das allerletzte Recht zu dieser Feststellung. Auch der Einwand: Warum malen und musizieren denn die Künstler nicht so, daß das Volk sie auch versteht? sticht nicht ganz. Die Kunst, wie das Leben, wie die Technik, ist in ständigem und manchmal stürmischem Fortschreiten begriffen, so stürmisch, daß sie dem miterlebenden Bewußtsein einer Generation geradezu davonläuft. Daraus entsteht dann ein folgenschwerer Bruch, ein tragisches sich gegenseitig Nichtverstehen-Können. Wer trägt die Schuld? Der Künstler doch nur bedingt! Ihm müssen wir im Gegenteil dankbar dafür sein, daß er die Fackel der künstlerischen Idee, der Idee unserer Zeit, unbeirrt um opfervollen Lebensverzicht in die Zukunft weiterträgt.

Aber zum Schaffen-Wollen gehört auch Leben-Wollen und zum Leben-Wollen gehört Leben-Können, und so stehen wir vor der Frage, ob wir überhaupt Kunst aus unserem Zeitempfinden heraus wollen oder nicht. Wenn ja, dann müssen wir auch die Folgerungen daraus ziehen, auch die pekuniärer Art.

Meine Damen und Herren! Ich habe das Etatbewilligungsrecht das Königsrecht der Parlamente genannt. Dies auch deswegen, weil es mit ein Recht auf Kritik enthält, ein Urteil über Unzulängliches und Versäumtes. Aber nicht minder auch deswegen, weil auch die Pflicht mit eingeschlossen ist, das Geleistete zu erkennen und anzuerkennen und denen Dank und Anerkennung zu zollen, die dabei mitgewirkt haben.

(Bravo-Rufe bei der CDU.)

Mit einem nicht aus der Höflichkeit, sondern aus dem Herzen kommenden Dank an die Lehrerschaft aller Erziehungszweige, an die Kulturschaffenden dieses Landes, an den Herrn Kultusminister und seine Mitarbeiter im Ministerium für die aufopfernde, unter schwierigen inneren und äußeren Verhältnissen geleistete Arbeit und Hingabe und für ihre beachtlichen Arbeitserfolge gibt meine Fraktion dem Haushalt des Ministeriums für Unterricht und Kultus ihre Zustimmung.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Bögl:**

Das Wort hat der Abgeordnete Schäfer von der SPD.

**Abg. Schäfer:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß die Sachen und die Gedanken hart im Raume nebeneinander leben, erleben wir in der Provinz der Kulturpolitik. Das allermeiste von dem, was mein Herr Vorredner gesagt hat, kann ich unterschreiben.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der CDU.)

Trotzdem hat sich gerade auf dem Gebiet der Kulturpolitik aber die erste Spannung ergeben, die noch in unser aller Bewußtsein ist. Sie sehen also, wie sehr

fruchtbar offenbar doch die Kulturpolitik ist und sein kann und wie sehr sie es verdient, daß wir sie in den Mittelpunkt unserer politischen Bestrebungen stellen.

(Sehr gut! bei der CDU.)

Es ist nun eine etwas undankbare Aufgabe, nach einigen Tagen Etatberatung auch noch zum Kulturretat Stellung nehmen zu müssen,

(Abg. Schlick: Man muß sich umstellen können!)

namentlich deshalb, weil die Wichtigkeit ja schon gegeben ist. Sie erinnern sich, daß der Straßenbau, daß die Justiz und ich weiß nicht, was noch - auch der Wohnungsbau -, als erste und wichtigste Aufgabe bezeichnet worden sind,

(Abg. Wolters: 1 a!)

- als 1, 1 a, 1 b bezeichnet worden sind, so daß für mich eigentlich nur noch 1 c übrig bleibt.

(Heiterkeit und Zurufe bei der CDU. - Frau Abg.

Dr. Gantenberg: 1 mit Stern! - Abg. Wolters: 1 mit drei Sternen!)

- Frau Dr. Gantenberg, ob 1 mit Stern oder 1 c wird wahrscheinlich eins so bedeutungsvoll sein wie das andere. Wenn der Herr Finanzminister kein Geld hat, dann nützen 1 a oder 1 c oder zwei Sterne auch nichts. Trotzdem aber wissen wir alle, wie wichtig unsere Hilfe auf diesem Gebiet ist, und das, was ich zu sagen habe, gilt nicht zunächst oder in der Hauptsache als Vorwurf, sondern ich möchte sowohl das Hohe Haus wie den verantwortlichen Minister - oder den kommenden verantwortlichen Minister! -

(Schallende Heiterkeit im Hause.)

darauf hinweisen, welche Bedeutung den Aufgaben zukommt, die hier liegen.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht ohne Bedeutung, ob der Mensch zwischen Trümmern und Schutthaufen leben muß. Es ist vielleicht nicht so schlimm, wenn man etwa auf einer Reise von Bingen nach Bonn die Ruinen sieht, vielleicht sogar noch mit dem stillen Bewußtsein: Gott sei Dank, daß die Herren gestorben sind und die Zwingburg nicht mehr steht! Wenn aber dieselben Erscheinungen uns in unseren Städten entgegenreten und an der Stelle von Wohnhäusern, Schulen und Krankenhäusern desorganisierte Schutthaufen liegen, so ist das ein Zustand, der nicht ungefährlich ist, denn dieses Umgebensein von den Schutthaufen stößt gar leicht den Menschen und namentlich den werdenden Menschen in ein geistiges Fellachentum zurück, aus dem es nur schwer eine Befreiung geben kann. Außerdem ist das, was hier an Werten noch nachträglich zugrunde geht, bis jetzt noch nicht statistisch erfaßt. Wenn Sie einmal ein außerordentlich krasses Beispiel sehen wollen, lade ich Sie ein, nach Ludwigshafen zu kommen. Dem Herrn Minister wird wahrscheinlich heute noch eine Gänsehaut den Buckel hinunterlaufen - ich darf wohl so sagen - auch wenn es ein „Finck“ ist,

(Schallende Heiterkeit im Hause.)

wenn er daran denkt, daß -

(Abg. Hertel: Sein Gefieder sträubt sich! -

Erneut schallende Heiterkeit.)

- ich glaube, er hat keine Veranlassung mehr, heute noch das Gefieder zu sträuben!

(Heiterkeit! - Abg. Völker: War es gestern schon?

Abg. Matthes: Kann noch kommen!)

Aber wenn Sie bedenken, daß unsere Jugend, die die höheren Schulen besucht, doch nach wie vor noch den jahrhundertalten Genius der abendländischen Kultur, den Humanismus, als prägende Kraft der Bildung sich auswirken lassen will, und Sie gehen etwa einmal



in die Jägerstraße und sehen diese furchtbaren Zustände, dann werden Sie erleben, daß der Genius sich in die Keller flüchtet; das sind nämlich noch die angenehmsten Räume, die in den furchtbaren Ruinen erhalten sind. Der Herr Minister hat fast einen Weinkampf bekommen, als er das gesehen hat, und wir freuen uns, daß er nachdrückliche und ausgiebige Hilfe versprochen hat.

(Bravo-Rufe bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Wir sind außerordentlich stolz auf unseren ausgeglichenen Etat, aber machen wir uns doch nichts vor! Dieser ausgeglichene Etat hat seine großen Gefährlichkeiten. Abgesehen davon, daß er uns vielleicht gar leicht in einen Zustand der Resignation hineinversetzt, könnte er die späteren Historiker - vielleicht auch die Archäologen, ich weiß es nicht! - zu der Annahme verführen, daß entweder bei uns alles in Ordnung gewesen sein muß, oder daß wir mit unserem Kapital, mit unseren Potenzen, zu Ende gekommen sind. Solange die Schutthaufen noch in unseren Straßen liegen, haben wir keinen ausgeglichenen Etat!

(Abg. Volker: Sehr gut.)

Ich bin zwar kein Finanzsachverständiger, aber ich weiß nicht, ob es nicht besser wäre, wenn in unserem Etat diese Fehlbeträge, die verursacht werden durch die Schutthaufen, als Mahnmale stehen geblieben wären, damit wir erstens einmal jederzeit daran erinnert werden, und zweitens jede nur sich bietende Zuschußsumme - die wir ja offenbar nach den sehr vorsichtigen Bemerkungen und Diagnosen des Finanzministeriums erwarten dürfen - dort hinleiten.

Aber es ist nicht nur die Notwendigkeit des Wiederaufbaus, sondern es ist auch die Notwendigkeit der Verkleinerung der Klassenstärke in unseren Schulen gegeben. Meine Damen und Herren, Sie dürfen nicht etwa glauben, daß einer Schulreform schon Genüge getan ist, wenn man eine neue Bezeichnung einführt und die Oberrealschule Naturwissenschaftliches Gymnasium nennt oder noch ein paar Schultypen mehr einführt. Was unserer Zeit not tut, ist eine Schulreform, die dann beginnt, wenn alles das, was als unmittelbare Not uns auf den Nägeln brennt, getan ist. Denn wir wollen unsere Jungen und Mädchen ja zu demokratischen Staatsbürgern, zu Menschen edelster Prägung, erziehen. Das heißt aber, daß wir damit in der Schulerziehung schon beginnen, und da - ob wir das anerkennen oder nicht - es Tatsache ist, daß die Hauptsache der Erziehung der Jugend sich auf die Schule verlagert hat, ergibt sich die Notwendigkeit, daß wir ihr auch in dieser Hinsicht jede nur mögliche Fürsorge zuwenden, indem wir aus einer Treitmühle - deren Eigenschaften ihr aus der Vergangenheit teilweise wenigstens noch anhaften - einen fröhlichen Tummelplatz des menschlichen Geistes machen. Dazu gehört nun aber auch eine Ergänzung der politischen Gemeinschaftskunde. Ich begrüße selbstverständlich diese Neueinführung mit ganzem Herzen, aber, meine Damen und Herren, ich weiß auch, daß eine theoretische Belehrung gar keinen Wert hat, wenn sie sich nicht gründet auf eine tägliche, intensive Erfahrung.

Wenn ich 1910 etwa deutscher Reichsminister gewesen wäre, hätte ich den Marxismus als ordentliches Lehrfach eingeführt. Dabei hätte ich die Garantie gehabt, daß kein Mensch Marxist geworden wäre.

(Heiterkeit bei der SPD. - Abg. Matthes:  
Sehr interessant!)

Nur die Tatsache, daß die Menschen ihn erlebt haben, hat sie zu ihm getrieben.

So ähnlich müssen wir es auch bei unserer Belehrung halten. Neben oder über der theoretischen Belehrung steht die tägliche Übung der demokratischen Grundsätze in der Schule. Ich will es nicht weiter ausführen, aber Sie ahnen wenigstens, daß hier nun die Reform einzusetzen hat. Das bedeutet einen gründlichen Umbau unseres gesamten Schulwesens. Unsere Jungen und Mädchen müssen von Anfang an in eine Art Modellgemeinschaft hineingestellt werden, in der sie alle die Tugenden praktizieren können, die wir später an ihnen als demokratische Staatsbürger entfaltet sehen mögen.

Dazu aber - ich sagte es vorhin schon - ist eine Verkleinerung der Klassenstärke notwendig. Da muß ich Ihre Aufmerksamkeit vor allen Dingen auf die Volksschule lenken. Bei den höheren Schulen sind wir dem Ideal schon ziemlich nahe gekommen - in der höheren Schule treffen auf einen Lehrer etwa 20 Schüler. Ich weiß wohl, daß man das nicht über den Daumen peilen kann, aber eine ungefähre Vergleichsmöglichkeit gibt es schon. Es entfallen bei den Pädagogen 18,5 bei den Akademien 9,2 und bei den Volksschulen 50 Schüler auf einen Lehrer. Der Unterschied ist etwas sehr groß. Mit 50 Kindern in einer Klasse zusammengepfercht kann man keine Demokraten erziehen und keine Menschen sich zur vollen geistigen Entfaltung entwickeln lassen.

(Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!)

Darum ist die Notwendigkeit gegeben, daß vor allen Dingen einmal hier hinsichtlich der Volksschulen, die den stärksten Druck haben, das Ministerium und die Gesamtregierung beim Bunde in dem Bemühen nicht nachlassen, daß das ominöse Gesetz 131 endlich eine Berichtigung oder vielmehr Ergänzung erfährt, daß wir Lehrer oder junge Menschen, die nach der Arbeit drängen, einstellen können, was momentan nicht möglich ist, weil der Zwirnsfaden eines Paragraphen uns daran hindert.

Ebenso genügt es nicht, daß wir diese jungen Menschen zur Tätigkeit bringen. Wir müssen ihnen auch eine Existenz bieten, die sie zumindest von der bittersten Not befreit. Ich habe mir eine Aufstellung geben lassen über die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die ein solcher Junglehrer hat. Wenn er sich bis zum Ende des Monats ohne Schulden durchgehüngert hat, kann er froh sein.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Es ist sicherlich ein nicht gerade erhebendes Zeichen, wenn in Hamburg oder Bremen - ich weiß nicht mehr genau, wo es war,

(Abg. Dr. Gantenberg: Hamburg!)

ein junger Volksschullehrer bei der Schulverwaltung seine Kündigung einreicht und gleichzeitig um den Posten des Nachwächters bittet, wodurch er 100 Mark im Monat mehr erhält. Darum also unsere ganze Sorge diesen jungen Lehrkräften, denen Möglichkeiten geschaffen werden müssen und können. Selbst wenn es nicht möglich sein sollte, das Gesetz 131 außer Kraft zu setzen, so muß es doch möglich sein, solange keine Flüchtlinge da sind, junge Menschen zu verwenden. Man sage nicht, sie müßten ja doch wieder gehen, wenn Flüchtlinge kommen. Es ist immer besser, sie sind eine Zeitlang verwendet.

Dann haben wir kürzlich das Berufsschulgesetz verabschiedet. Wir haben uns gefreut, daß wir zu einer Formulierung kamen.

(Abg. Dr. Gantenberg: Sie haben es ja abgelehnt!)  
- trotzdem, wir freuen uns auch heute noch.

(Abg. Matthes: Worüber! - Abg. Dr. Gantenberg:  
Daß die anderen es angenommen haben!)



- Sie haben mich nicht ausreden lassen, Frau Dr. Gantenberg - auch heute noch als Parlamentarier, obwohl unsere Regierung brüchig geworden ist. Warum sollen wir uns nicht freuen. Wir freuen uns über das Berufsschulgesetz, wenn auch sehr viel darin enthalten ist, was wir nicht wünschen und was wir ganz anders gemacht hätten. So sind wir doch nicht, daß wir, wenn es einmal krumm geht, böse sind und saure Gesichter machen. Also gut! Aber nachdem es nun beschlossen ist, muß es auch praktiziert werden. Dabei werden sich noch manche Schwierigkeiten ergeben. Und siehe da, es ist wieder etwas praktiziert worden, was mir nicht ganz einwandfrei erscheint. Es wird nämlich so werden, daß das Gesetz nicht eingeführt und nicht durchgeführt werden kann. Dann kann sich die Regierung in Unschuld kleiden, in Weiß gehen, denn schuld sind natürlich die Gemeinden,

(Abg. Matthes: Die Abgeordneten!)

die Gemeinden, die nicht zahlen wollen, und die Kreise. Sie sehen das Grundmotiv der moralischen Entscheidungen aufleuchten.

(Abg. Schuler: Ich nicht!)

Schuld ist immer der andere. Ich glaube, daß das sogar der moralische Sinn der Erschaffung der Eva ist, damit jemand da ist, der die Schuld trägt, womit aber nicht gesagt ist, daß der Adam der Eva die Schuld geben soll. Umgekehrt wäre es auch richtig, und ich glaube, erstmals war es sogar so.

Wir begrüßen deshalb alle Maßnahmen, die getroffen werden, um den Gemeinden und Kreisen die Durchführung dieses Gesetzes zu ermöglichen, alle Maßnahmen und alle Anträge, die darauf hinauslaufen, sind unserer Unterstützung von vornherein sicher.

Es wäre noch sehr viel zu sagen, ich möchte aber nur einiges davon kurz am Rande streifen. Es ist schade, daß der Herr Ministerpräsident nicht da ist. Er hat gestern von einer Gemeinschaftsschule in Koblenz gesprochen. Ich glaube, hier irrt der Herr Ministerpräsident. In Koblenz hätte es beinahe einmal eine gegeben, aber soviel ich weiß, gibt es keine.

(Abg. Dr. Gantenberg: Das müßten die Koblenzer wissen!)

Die Koblenzer wollten eine Gemeinschaftsschule einführen. Es haben sich aber verkehrstechnische Schwierigkeiten ergeben, und deshalb unterblieb es. Es ist aber immerhin möglich, bei den Erfahrungen, die wir mit dem Postwege gemacht haben, daß die Meldung noch nicht von Koblenz nach Mainz gekommen ist. Vielleicht trifft sie aber noch ein.

Den Herrn Kultusminister möchte ich auch noch um etwas bitten. In einer der letzten Verfügungen des Kultusministeriums ist eine Anweisung enthalten zur Durchführung der Woche der Brüderlichkeit. Sie erinnern sich wohl daran.

(Abg. Hennig: Nichts ist geschehen!)

Selbstverständlich hätten wir das gerne gemacht. Samstags war die Woche zu Ende, auch die Woche der Brüderlichkeit. Donnerstags habe ich die Anweisung erhalten, die ich freitags hinausgeben konnte. Da war ein Erfolg natürlich unmöglich, und unmöglich irgend etwas zu machen. Denn das muß vorbereitet werden,

(Heiterkeit im Hause. - Abg. Kuhn: Kann man nicht brüderlich sein!)

damit vergibt man im kleinsten Substanz, man verschleudert Ansehen. Ich möchte deshalb nicht nur das Kultusministerium, sondern alle Ministerien bitten, mit ihren Entschlüssen und Anweisungen etwas

flinker zu sein und namentlich auch den unteren und mittleren Instanzen ein wenig stärkere Vitalität einzupflanzen.

Die übrigen Kapitel nun werden meine Freunde noch behandeln. Ich schließe mit dem Wunsche, daß der Herr Kultusminister eine ähnliche Freude erlebt wie die deutsche Wirtschaft seit dem Währungsschnitt, daß er nämlich auch einige Milliarden zur Verfügung hat zur Neuinvestierung.

(Beifall und sehr gut! bei der SPD.)

**Vizepräsident Bögler:**

Das Wort hat nun der Abgeordnete Martenstein von der FDP.

**Abg. Martenstein:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem gestern hier in diesem Hohen Hause ein kulturpolitisches Donnerwetter heruntergefahren ist, kann ich wohl sagen, daß heute die Stimmung dieses Hauses die Tendenz der Lustlosigkeit aufweist.

(Abg. Kuhn: Sehr richtig!)

Verzeihen Sie, daß ich einen Ausdruck gebrauche, der aus der Börsensprache kommt. Ich bin nicht geneigt, dieses Hohe Haus mit einer Börse zu vergleichen, doch hat es immerhin insofern etwas mit einer Börse gemeinsam, weil auch hier wiederholt versucht wird, diese und jene Dinge auszuhandeln.

Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen dazu noch weiterhin sage, daß wir uns in einer besonders schwierigen Lage befinden, weil wir nach diesen gestrigen Schwierigkeiten in eine gewisse Gegensätzlichkeit zu dem Herrn Kultusminister gekommen sind, werden Sie verstehen, daß ich meine Ausführungen kurz und etwas grundsatzlos in dem Sinne halte, daß ich es absichtlich vermeide, in dieser heutigen Auseinandersetzung auf Grundsätze der Kulturpolitik einzugehen. Dabei sage ich ausdrücklich, wenn es darum geht, unsere Grundsätze irgendwie zu verteidigen, werden wir immer da sein. Damit komme ich ganz kurz zu den einzelnen Dingen, die bei der Besprechung dieses Kulturetats noch einmal kurz angedeutet und angesprochen sein sollen.

Eines - man muß immer wieder das Gemeinsame sehen - ist uns allen, ganz gleich, auf welchem Stuhl in diesem Hause wir sitzen, gemeinsam: Die Aufgabe und die Sorge, der deutschen Jugend einen Weg bereiten zu helfen, der auch durch die Schule geht. Dieser Weg durch die Schule ist aber ein Weg, der von uns aus politisch zu verantworten ist. Deshalb werden wir in dieser Auseinandersetzung um diese Schule immer und immer zu der Meinung kommen müssen, daß es darauf ankommt, so gegenwartsnah wie möglich die Dinge zu betrachten und zu beurteilen.

Wir würden es - um das kurz einmal auszusprechen - gerne sehen, wenn es möglich wäre, hier in diesem Hause einmal ein Volksschulgesetz zu verabschieden. Wir würden es gerne sehen, wenn bei der Beratung dieses Volksschulgesetzes die Möglichkeit gefunden werden könnte, das Problem der einklassigen Schulen ungefähr zu umreißen und zu ordnen.

(Abg. Beckenbach: Sehr richtig!)

Wir würden zweifellos, wenn es möglich wäre, dieses Volksschulgesetz hier zu beschließen, damit sehr viele Schwierigkeiten unserer kulturpolitischen Arbeit der Zukunft aus dem Wege räumen.

Meine Damen und Herren! Es könnten diese und jene Beschwerden vorgebracht werden; ich denke z. B.



an das vielbesprochene Trierer System, über das in der Presse berichtet wurde. Ich verzichte darauf, auf diese Einzelheiten anzuspielen. Ich will Ihnen nur sagen, daß uns diese Dinge bekannt sind und daß wir es uns vorbehalten, gelegentlich mit aller Entschiedenheit zu diesen einzelnen Fragen Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Wir haben in unserem Lande fünf evangelische und fünf katholische Pädagogen. Weil vorhin der Herr Kollege Schäfer von der Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen gesprochen hat, darf ich hier doch sagen, daß mir persönlich die Zahl dieser Schüler in den Pädagogen im Verhältnis zu der Belegung der Klassen in anderen Schuleinheiten außerordentlich gering erscheint. Aus den Aufzeichnungen unseres Statistischen Landesamtes habe ich mir die Durchschnittszahl von 22 je Klasse aufgeschrieben.

Wenn nun in den Pädagogen 14 Schüler auf eine Lehrkraft entfallen, während es bei den Berufsschulen 200, 300 und mehr Schüler sind, dann darf ich Ihnen doch sagen, daß hier eine Kritik am Platze ist und eine Überlegung beim Kultusministerium zweifellos angebracht wäre, vielleicht auch beim Herrn Finanzminister - schade, daß er nicht anwesend ist -, ob es hier nicht zweckmäßig wäre, eine Rationalisierung dieses Schulwesens durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Wenn man von den Pädagogen spricht, hat man auch Veranlassung, von den pädagogischen Akademien zu sprechen. Ich darf Ihnen sagen, daß ich mich nicht einmal, sondern mehrere Male um die pädagogische Akademie in Worms bemüht habe. Die pädagogische Akademie ist, wie man mir immer und immer wieder versichert - und ich kann den Nachweis erbringen, daß diese Versicherungen auch ihre Begründung in sich haben -, gefährdet. Ich habe den Herrn Kultusminister gebeten, eine Erklärung abzugeben. Der Herr Kultusminister hat gesagt: die pädagogische Akademie bleibt in Worms. Wenn nun in dem Etat, den wir heute zu beraten haben, unter dem Tit. 854 steht, daß ein Betrag, der in die Hunderttausende geht, vorgesehen ist, um Akademien zu verlegen, dann muß man sich doch als denkender Mensch fragen: was ist denn nun beabsichtigt, warum setzt man einen solchen Betrag in den Etat ein mit einer solchen Kennzeichnung.

Wenn weiterhin die dortigen Herren trotz wiederholter Bitten ihrerseits und trotz meiner Vorsprache beim Kultusministerium immer noch nicht ihre endgültige Bestätigung bekommen haben, daß sie in Worms als Inhaber einer ordentlichen Planstelle ihr Amt versehen können, wenn ihnen weiterhin von seiten des Kultusministeriums gesagt wird, sie sollten sehr vorsichtig sein und sich in Worms keine endgültigen Wohnungen zulegen, dann muß doch - wenn man diese Dinge zusammennimmt - gesagt werden, daß damit eine Verstärkung des Verdachts gegeben ist, daß es um die pädagogische Akademie in Worms nicht besonders gut gestellt sein kann, wenn man an ihre Zukunft denkt.

Weiter darf ich ganz kurz zu den Fragen der höheren Schulen Stellung nehmen. Wir haben altsprachliche, neusprachliche und naturwissenschaftliche Gymnasien. Ich habe mich gefreut, Herr Dr. Christoffel, daß Sie davon geredet haben, daß es auch hier notwendig sei, einen Rationalisierungsplan durchzusetzen. Wir kennen die ganzen Schwierigkeiten. Wir wissen, daß ein solcher Rationalisierungsplan gut durchdacht sein muß und nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann. Wir sind also nicht ungeduldig. Wir müssen den verantwortlichen Männern des Kultusministeriums zur Durcharbeitung einer so verantwortungsvollen Materie die notwendige Zeit lassen. Aber weil wir ihnen die

Zeit lassen, Herr Kultusminister, dürfen wir Sie daran erinnern, daß Sie hier in diesem Hause bei der Beratung des vorjährigen Etats erklärt haben, daß Sie sich dieser Aufgabe nachdrücklichst annehmen würden. Daß dabei die Frage der staatlichen und kommunalen Schulträgerschaft aufgeworfen wird und damit wiederum der Streit zwischen den einzelnen Städten entfacht werden kann - die sich um die Priorität streiten -, wer von ihnen eine Verstaatlichung zu verbuchen haben wird, sei nur am Rande vermerkt.

Es ist auch eine kleine kulturpolitische Streitfrage unserer Zeit, ob man sich für ein Zentralabitur oder ein dezentralisiertes Abitur entscheiden soll. Danken möchte ich Ihnen persönlich, daß Sie das Zentralabitur beseitigt haben. Damit ist nach unserer Meinung in das höhere Bildungswesen eine bessere Ordnung als früher hineingebracht worden. Es gibt hier verschiedene Auffassungen, und ich weiß, daß verschiedene Abgeordnete dieses Hauses nicht unserer Meinung sind, aber zum Schluß muß ja bei vernünftigen Menschen immer wieder irgendwie ein Kompromiß gefunden werden aus all dem, was an Vernünftigen aus den verschiedenen Lagern vorgetragen worden ist.

Meine Damen und Herren! Es ist der Universitätsstreit angesprochen worden. Ich fühle mich nicht berufen, hierzu Stellung zu nehmen, auch meine Fraktion nicht. Wir hätten gewünscht, daß man sich nicht in der Öffentlichkeit über diese Dinge unterhält. Leute, die in diesen Sphären des Geistes zu Hause sind, hätten denn doch ein Beispiel geben und mindestens dem Lande ersparen können, daß man sich über diese Universität zu unterhalten gezwungen ist, wenigstens in der Öffentlichkeit, in der Presse. Wir, die wir doch die Geldspender aus diesem Haus heraus sind, können diesen Herren nur empfehlen, wenn sie mit diesen Zuschußanträgen - im Rechnungsjahre sind es 6,025 Millionen - an uns herantreten, daß sie ein kleines Beispiel liefern.

(Abg. Hertel: Sich dieses Opfers würdig zu erweisen!)

- Richtig! Meine Damen und Herren! Es wurde hier von der hohen Aufgabe der Universität gesprochen. Es wäre ganz schön, sich einmal gelegentlich mit ein paar Sätzen über werturteilsfreie Wissenschaft, über diese zweckfreie Wissenschaft, zu unterhalten. Ich habe im voraus gesagt, daß ich nicht daran denke, auf diese Dinge einzugehen. Aber eines darf ich wieder mit Entschiedenheit sagen, meine Damen und Herren, und da wollen wir alle einig sein: daß wir die Aufgabe haben, wenn wir schon mal von Erziehung sprechen, unsere Jugend nach wie vor irgendwie zum Staate hinzuführen. Ich weiß, es ist unendlich schwer, in der Jugend Staatsfreudigkeit zu wecken. Die alte Monarchie hat es sehr viel leichter gehabt. Jedes Märchen fing schon an: Es war einmal ein König; es war einmal ein Prinz oder eine Prinzessin. Was können wir dagegen bieten? Wir können nur die nüchternen Aufgaben, die diesem Staat gestellt sind, zeigen und an die Einsicht, Verantwortung und Gesinnung des einzelnen Jungen appellieren, und zwar in der Hoffnung, daß er in seiner Vorpflichtung, die er auch als junger Mensch irgendwie in sich fühlt, zu der Gesinnung kommt, daß er diesem Deutschland seine bescheidene Kraft zur Verfügung zu stellen hat.

Wie im einzelnen diese Frage der Erziehung zur Staatsfreudigkeit durchgebildet und organisiert werden muß, ist keine Sache einer öffentlichen Aussprache hier im Plenum, aber ich bitte den Herrn Kultusminister, sich ununterbrochen gerade über diesen gemeinschaftskundlichen Unterricht seine Sorgen zu machen, damit wir auf lange Sicht gesehen in unserer gemeinsamen Bemühung, unser Staatswesen zu festigen, ein



Stück vorwärtskommen. Ich könnte mir vorstellen, daß z. B. ein Schüleraustausch - der kostet natürlich auch wieder Geld - zur Festigung der Staatsgesinnung unserer Schülerschaft beitragen könnte.

Eines ist in diesem Zusammenhang zu sagen noch notwendig. Wir brauchen eine Erziehung zur Ehrfurcht vor großen objektiven Werten, meine Damen und Herren!

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Die besondere Aufgabe der Lehrerschaft ist es, die Bindungslosigkeit der Jugend zu diesen großen objektiven Werten zu überwinden, um auf diese Weise zu erreichen, daß dieses furchtbare Erlebnis unserer Jugend gegenüber den Zeiterscheinungen, wie wir sie zu beklagen haben, vergessen werden kann.

Lassen Sie mich dann noch kurz etwas zu der besonderen Lage der Lehrerschaft in ihrer Gesamtheit sagen. Wir haben uns schon wiederholt über die Besoldung unserer Lehrerschaft unterhalten; sie ist unzulänglich. Wir wissen es alle miteinander. Es ist nicht eine Sache einer Standesvertretung, wenn hier eine Erhöhung der Besoldungsbezüge der Lehrerschaft gefordert wird. Hier zeigt sich ein volkspolitisches Problem erster Ordnung. Das geht - ich wiederhole es noch einmal - nicht die Lehrer an, das geht uns alle an, das geht insbesondere unsere Kinder an.

Wenn der Kollege Schäfer erklärte, daß ein junger Lehrer gesagt hat, er würde lieber Nachwächter sein als Lehrer - ich kenne den Fall -, so hat sich damit ein sehr ernstes Symptom an unserem Volkskörper überhaupt gezeigt. Es muß unsere Aufgabe sein, alles zu tun, um die Lehrerexistenzbedingungen zu verbessern. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, daß es möglich wäre, den Lehrern, die in abgelegenen Dörfern wohnen und dort ihren Dienst verrichten, für die Kinder, die sie sehr weit in die Schule zu schicken haben, eine erhöhte Kindergeldzulage zu geben, um die erhöhten Bildungsausgaben, die sie für ihre weitwohnenden Kinder zu tragen haben, besser finanzieren zu können. Man könnte sich im einzelnen über diese Dinge sehr gründlich unterhalten; ich verzichte aber auch hier ausdrücklich darauf.

Immerhin darf ich daran erinnern, daß wir uns im vergangenen Jahr im Kulturpolitischen Ausschuß auf Grund eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion über die Besoldungsverhältnisse der Lehrerschaft unterhalten haben. Es scheint dem Herrn Präsidenten unseres Landtages entgangen zu sein, daß der in diesem Kulturpolitischen Ausschuß damals einstimmig angenommene Antrag bisher hier nicht zur Abstimmung gekommen ist. Dieser Antrag lautete damals:

Der Kulturpolitische Ausschuß ersucht die Landesregierung, beim Bund mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß im Rahmen des Besoldungsgesetzes die finanzielle Notlage der Volksschullehrer, insbesondere der Junglehrer, beschleunigt gebessert wird und zusätzliche Beförderungsstellen geschaffen werden. Sollte bis zum 1. April 1952 die endgültige Besoldungsreform noch nicht verabschiedet sein,

- und der Pessimismus hat recht behalten -

so sollen frühzeitig zu planende Vorwegmaßnahmen des Bundes obiges Ziel ab dem Etatsjahr 1952 ermöglichen.

Meine Damen und Herren, ich bringe diesen damals einstimmig angenommenen Antrag zugunsten der Volksschullehrerschaft, insbesondere zugunsten der

Junglehrerschaft, in Erinnerung, und ich bitte den Herrn Kultusminister, seinerseits alles zu tun, um dem einstimmig angenommenen Antrag

(Abg. Dr. Christoffel: Der Antrag ist dem Ministerium übermittelt worden!)

zu entsprechen. Ich könnte zwar noch sehr viel erwähnen, aber eines darf ich mir erlauben, heute hier zu sagen. Im Kultusministerium sitzen neun Juristen. Die Herren Juristen behaupten, die Herren Philologen könnten nicht verwalten. Ich weiß, dafür können die Herren Juristen alles. Ich bitte die Herren Juristen um Verzeihung, wenn ich hier eine Feststellung getroffen habe, die sie vielleicht an ihre gelegentliche Anmaßung erinnert.

(Heiterkeit im Hause.)

(Vizepräsident Wilms übernimmt das Präsidium.)

Immerhin, ich wollte sagen, mir kommt diese Vielzahl der Herren Juristen in einem Kultusministerium etwas verdächtig vor. Das soll das bayrische Prinzip sein.

(Abg. Völker: Dann brauchen wir kein Justizministerium.)

Herr Kultusminister, wenn die Herren Juristen nicht schon vor Ihrer Amtsübernahme dagewesen wären, könnte man vermuten, daß Sie mit den Pfälzern eine kleine bayrische Invasion, die bayrisches Prinzip ist, irgendwie veranlaßt haben könnten.

(Heiterkeit im Hause.)

Meine Damen und Herren! Wir behalten uns Anfragen vor über die Ernennung von Assessoren zu Studienräten. Ich weiß, es ist da und dort zu Beanstandungen gekommen. Unsere Auffassung ist, daß das Prinzip der Anciennität zu beachten ist.

Wir behalten uns Anfragen vor über das Musikinstitut in Mainz. Wir könnten noch verschiedene weitere Anfragen stellen, ich denke an Lehrkräfte tagungen, die sehr kurzfristig und ohne ernsthafte Vorbereitungen einberufen worden sind, so daß zum Schluß nichts Ernsthaftes auf diesen Tagungen zustande kommen konnte. Meine Damen und Herren! Diese Tagungen sind deshalb einberufen worden - das ist meine Vermutung, und ich darf eine Vermutung aussprechen -, weil noch ein schöner Betrag im Etat war, und

(Hört, hört! bei der SPD.)

ich kenne ja die betreffenden Auffassungen der zuständigen und verantwortlichen Herren, die vielleicht sagen: das Geld ist noch da, die böse Finanzbürokratie könnte, wenn der Betrag nicht verbraucht worden ist, im nächsten Jahr unter Umständen auf die verwerfliche Idee kommen, den gleichen Betrag nicht noch einmal zur Verfügung zu stellen, also muß man dann schnell eine solche Tagung stattfinden lassen.

Meine Damen und Herren! Ich könnte noch weitere Feststellungen dieser und jener Art machen. Aber ich will mich bewußt sehr kurz fassen. Ausdrücklich möchte ich aber doch sagen: wir danken dem Ministerium dafür, daß Zuschüsse und Darlehen für Volks- und Berufsschulen in Aussicht gestellt sind - die Zahlen könnte man nennen -, für Schulbauten überhaupt und ähnliches mehr. Es sind sehr viele positive Merkmale im Etat, und wir sind ausdrücklich bereit, das, was hier an positiver Arbeit geleistet worden ist, anzuerkennen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß noch kurz eines sagen. Wir wissen, daß Kulturpolitik Ländersache ist. So wird es bleiben, solange



unsere Verfassungen Gültigkeit haben. Trotzdem gestehe ich Ihnen, daß wir uns alle gefreut haben, daß man im Bundestag auf Grund eines Antrages der Freien Demokraten dazu übergegangen ist, sich über die Schaffung eines Bundeserziehungsbeirates zu unterhalten. Daß dieser Bundeserziehungsbeirat nicht die Aufgabe eines Bundeserziehungsministeriums übernehmen kann, das wissen wir auch. Aber wir wissen, daß, wenn er einmal arbeiten sollte, er begründete Empfehlungen doch herausbringen kann, wahrscheinlich wird er sich überhaupt auf begründete Empfehlungen beschränken. Ich kann mir vorstellen, daß, wenn große Pädagogen und vernünftige Männer im Erziehungsbeirat mitwirken, die Wirksamkeit dieses pädagogischen Beirates durch seine geistige Autorität sich denn doch in der deutschen Bildungspolitik eines Tages fruchtbar zeigen wird.

Lassen Sie mich meine kurzen Ausführungen mit dieser unserer Hoffnung beenden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

#### Vizepräsident Wilms:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Asholt von der SPD.

#### Abg. Dr. Asholt:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mir die gelichteten Reihen zur Rechten ansehe, dann sieht es beinahe so aus, als zeige die SPD ein größeres Interesse an der Kultur als die Fraktionen, die zur Zeit die Regierung bilden.

Im übrigen soll das die einzige polemische Spitze sein. Ich will mich wegen der Kürze der Zeit auf rein Sachliches beschränken.

Ich muß sagen, aus bestimmten Gründen haben wir den Eindruck, als wenn nach der Konsolidierung im höheren Schulwesen, die einen ausgesprochenen restaurativen Charakter hatte, nunmehr eine gewisse Stagnation eingetreten wäre. Gewiß, rein äußerlich betrachtet, ist in dem vergangenen halben Jahr etwas geschehen. Es sind einige kommunale Anstalten verstaatlicht worden oder sie werden verstaatlicht. Aber selbst Herr Dr. Christoffel traut seinem eigenen Kultusminister mit dem geforderten Rationalisierungsplan so wenig, daß er auch noch eine Verstaatlichung der Schule in Cochem verlangt.

(Abg. Dr. Dr. Christoffel: Nein, nur eine Unterstützung.)

- Ich habe das wenigstens so verstanden!

(Abg. Dr. Dr. Christoffel: Dann haben Sie das falsch verstanden.)

Kollege Martenstein hat schon ausgeführt, daß wir dem Kultusministerium eine gewisse Zeit zugestehen müssen, bis der Rationalisierungsplan durchgeführt wird, weil er gründlich bearbeitet werden muß, aber andererseits haben wir das Empfinden und die Befürchtung: es kann doch alles ziemlich reichlich auf die lange Bank geschoben werden. Außerdem, was uns dringend am Herzen liegt - ich habe das im vorigen Jahr ausdrücklich betont -, die Durchführung soll sich nicht in einer äußeren organisatorischen Maßnahme erschöpfen, sondern sie muß verbunden werden mit einer entschiedenen Schulreform. Diese entschiedene Schulreform kann nicht - ich möchte mich mal so ausdrücken - in einem luftleeren Raum gemacht werden, sondern sie kann nur gemacht werden in Verbindung mit den anderen Ländern.

In dem Etat sind neuerdings 8000 DM eingesetzt als Beitrag für das Sekretariat der ständigen Kultusministerkonferenz in Bonn. Ich hoffe, daß diese ständige Kultusministerkonferenz über das Stadium der Kompetenzkonflikte inzwischen herausgekommen ist, zumal in Bonn immer wieder das maßlose Durcheinander unserer höheren Schulen demonstriert wird. Die Kinder der nach Bonn versetzten Beamten müssen Privatunterricht nehmen, um sich in die dortigen höheren Schulen einzuschulen. Anders geht es gar nicht mehr. Wir haben Englisch, Französisch, Latein als Anfangsunterricht - wenn man Russisch nicht dazu nimmt -, das sind schon drei verschiedene Schultypen. Wenn man diese Schultypen durch die einzelnen Typen der Länder ergänzt, dann gibt es auf dem höheren Schulwesen ein heillooses Durcheinander.

(Abg. Frau Dr. Gantenberg: Vielfalt, nicht Durcheinander.)

- Eine Vielfalt, die so stark ist, daß sich auch der Fachmann nicht mehr durchfinden kann. Ich glaube nicht, daß ein Fachmann in der Lage ist, die einzelnen Schulsysteme irgendwie aufzuzählen und vor allen Dingen zu interpretieren. So ist es nun einmal und daran kann nichts geändert werden, wenn nicht ein ganz starker Wille zur Einheit durchkommt.

(Beifall bei der SPD.)

Gewiß, es gibt auch im Lande Möglichkeiten - ich möchte beinahe sagen - auf eigene Faust eine Schulreform zu treiben. Die Herren vom Haushalts- und Finanzausschuß erinnern sich, daß der Kultusminister Schwierigkeiten hatte wegen der Umwandlung der Pädagogen, und man hatte Bedenken, ihm vor allen Dingen noch die 6. Klasse zu bewilligen. Man sagte: es sollte doch eigentlich abgebaut werden, nun werden neue Forderungen gestellt, das sei ungefähr so, als wenn ein Sparkommissar eingeführt wird, der aber dann zunächst einmal Anträge stellt, ihm eine Riesensumme für sein Büro zur Verfügung zu stellen. Auf die Einwendungen der Mitglieder des Kulturpolitischen Ausschusses hat sich dann der Haushalts- und Finanzausschuß, mit großen Bedenken allerdings, dazu entschlossen, diese 6. Klasse zu bewilligen, weil das in den gesamten Schulreformplan hineingehören sollte. Nun sage ich, der Herr Kultusminister kann auf diesem Gebiete tatsächlich auf eigene Faust Schulreform treiben. Wir haben eben gehört, daß die Pädagogen außergewöhnlich hoch dotiert sind, so daß nur auf diesem Gebiete tatsächlich einmal ein Experiment möglich ist, und zwar in der Art, daß wir dringende Forderungen unserer Zeit erfüllen. Unsere höheren Schulen kranken an einer solchen Überzahl von Stunden, daß vor einiger Zeit einmal eine Zeitung ausgerechnet hat: der Schüler hat 36 Unterrichtsstunden und 24 Stunden muß er sich zu Hause vorbereiten, das ist mehr als eine Schwerstarbeit. Es kann mal wirklich insofern ein Experiment durchgeführt werden, als man sich auf vielleicht 20, allerhöchstens 24 wissenschaftliche Stunden mit klarer Absicht und Bewußtsein beschränkt und auf eine Fremdsprache, dafür aber vielleicht die Oberstufe gabelt. Ich will nur Andeutungen machen. Wenn wir die Dinge überhaupt nicht anpacken, dann bleibt eben tatsächlich alles beim alten. Die Hauptforderung auf diesem Gebiete besteht darin, daß wir trotz aller Mannigfaltigkeit, die wir im Kultulleben wünschen, noch eine gewisse Einheit haben müssen. Hoffentlich kommen wirklich die Kultusminister der Länder endlich einmal zu einem ganz klaren deutlichen Entschluß. Die Universitätsprofessoren klagen nach wie vor über mangelnde Vorbildung, die Allgemeinbildung fehle den Studenten, deshalb das Studium generale. Auf der anderen Seite wird über



Überbelastung der Schüler geklagt. Diese Klagen sind so alt, daß wir sie fast leicht nehmen. Der Schüler wird ja gezwungen, in seiner Art mit diesen Dingen fertig zu werden. Er tut das einfach nicht, wozu er durch Lehrplan und Anforderung gezwungen werden soll. Das gibt eine falsche Einstellung zur Schule selber. Für ihn kommt es nur darauf an, nicht etwas zu lernen, sondern durch die Schule hindurchzukommen, um die Reifeprüfung zu haben.

Da ist allerdings der Herr Kultusminister den Schülern entgegengekommen. Von bestimmter Seite wird gesagt, er wäre übermäßig weit entgegengekommen, nämlich durch die Aufhebung des Zentralabiturs.

Ich will nicht so weit gehen, daß ich das gerade als eine pädagogische Tat hinstelle, wie es von gewisser Seite getan wurde, wobei allerdings persönliche Auffassungen und Verhältnisse mit hineinspielen. Die eine Seite ist aber sicher wieder sehr problematisch geworden: die Auslese. Mit dieser Methode ist - ich möchte beinahe sagen - das Ausleseverfahren wieder aufgehoben worden.

Es ist auch sehr fraglich, ob man mit einer Auslese, mit numerus clausus und dergleichen überhaupt die Frage lösen kann, und aus diesem Grunde wiederholen wir noch einmal an dieser Stelle die Aufforderung zu einer echten und entschiedenen Schulreform. Wir haben nämlich tatsächlich die Sorge, daß man nicht damit anfängt, weil man im Grunde alles beim alten lassen will.

Ich will nun noch auf die Frage der Universität eingehen. Von meinem Fraktionsfreund Hertel ist eben der Ausdruck gebraucht worden, sich dieses Opfers würdig zu erweisen, hätten die Universitätsprofessoren versäumt. Wie groß dieses Opfer ist, das mögen die nachfolgenden Zahlen beweisen. Im Jahre 1949 sollte die Universität 3,5 Millionen bekommen; das hat sich dann allmählich gesteigert auf 4,9, 6,8, und jetzt sind wir bei 8,7 Millionen angelangt. Ob die Universität nötig war, will ich dahingestellt sein lassen. Am Rande unseres Landes liegt eine Reihe von Universitäten. Wenn wir die Gesamtsumme der Mittel für die Universität einmal vergleichen mit dem Plan, den Frau Staatssekretär Dr. Gantenberg vor einem Jahr aufgestellt hatte zum Wiederaufbau kriegszerstörter Volksschulen, in dem 27 Millionen angesetzt waren, dann wäre, wenn wir die Universität nicht hätten, dieser Plan mit drei bis vier solcher Haushaltsjahressummen durchzuführen gewesen. Wir sind durchaus nicht Gegner der Universität. Sie ist da und sie erfüllt ihre Aufgabe, aber man kann die Dinge auch einmal von einer anderen Seite aus betrachten.

Etwas möchte ich noch zu dem Geist der Universität sagen. Ich habe im Oktober an dieser Stelle betont, daß Rheinland-Pfalz an und für sich kein Pflaster sei für neofaschistische Bestrebungen. Aber es ist an der Universität etwas eingetreten, was doch zu einer gewissen Vorsicht mahnt. Ich erinnere an die Asta-Versammlung wegen des Veit-Harian-Films. Es hat sich gezeigt, daß eine kleine neofaschistische Gruppe sich dort gebildet hat. Es gilt hier wirklich das lateinische Wort, daß man den Anfängen widerstehen muß, und man muß auch ganz klar Stellung nehmen. Es ist - ich glaube, der Herr Kultusminister hat dasselbe festgestellt - außerordentlich zu bedauern, daß bei dieser allgemeinen Studentenversammlung kein Professor zugegen war - Professor heißt Bekenner! -, daß kein Professor den Bekennermut aufgebracht hat, in die Versammlung hineinzugehen und gegen diese Dinge zu protestieren!

(Starker Beifall bei der SPD!)

Das wäre ihre Aufgabe gewesen.

Ich komme nun darauf zurück, daß versäumt worden ist - ich will durchaus nicht behaupten, der Herr Kultusminister habe die Schuld - den Erlaß zur Stellungnahme zu der Frage der Brüderlichkeit vor einigen Wochen rechtzeitig bis zu den unteren Instanzen zu schicken. Ich will auch durchaus nicht anregen, daß man kontrolliert und überwacht, aber es wäre jedenfalls sehr interessant für den Herrn Kultusminister, wenn er bei allen den Veranstaltungen, soweit sie stattgefunden haben - ob sie stattgefunden haben, ist eine andere Sache - einmal hätte Mäuschen sein können, um zu hören, was dort gesagt worden ist, ob wirklich klar und deutlich Stellung genommen worden ist zu dem Wiederaufkeimen des Antisemitismus, und ob klar und deutlich herausgestellt worden ist, daß sich das deutsche Volk unter Hitler mit einer Kulturschande schlimmster Art beladen hat. Ich habe vor einem halben Jahr meine Ausführungen mit Betrachtungen über die politische Erziehung abgeschlossen. Gut - damals ist sogar hier im Landtag der einstimmige Beschluß gefaßt worden, in allen Schulen die Staatsbürgerkunde einzuführen. Nun haben wir durchaus berechtigte Sorgen wegen der Durchführung. Auf der Versammlung der Studiendirektoren hat Herr Oberschulrat Eiserle einen sicherlich ganz ausgezeichneten Vortrag gehalten, den wir auch anerkennen, aber es wurden auch einige Stimmen laut, die - ja, ich will mich einmal so ausdrücken - uns sehr wenig ermutigt haben. Wir sehen tatsächlich die Dinge mit einiger Skepsis an, weil wir nicht wissen, wie alle diese Fragen in den höheren Schulen behandelt werden sollen. Als der Herr Kollege Markscheffel damals sagte, wenn die Lehrer nicht geeignet sind, diesen Unterricht zu geben, hier sitzen die Damen und Herren des Parlaments, die sich gern alle freiwillig zur Verfügung stellen, so verstehe ich gewiß, daß die Lehrer es nicht wünschen, wenn von außen her in den inneren Betrieb hineingerochen wird - ich will mich einmal so ausdrücken; ich gehe aber sogar so weit zu sagen, daß es unseren Schulen durchaus nicht schaden würde, wenn die Elternbeiräte auch einmal am Unterricht hospitieren könnten.

(Beifall bei der SPD!)

Herr Kultusminister, Sie müssen darauf achten, daß sich die Schule nicht einfach abkapselt und abschließt. Ich verfolge alle Berichte über die Kreislehrerkonferenzen, soweit sie mir zugänglich sind. Ich sehe sehr, sehr wenig, daß von staatsbürgerlicher Erziehung auf diesen Konferenzen die Rede ist, und vor allen Dingen sehe ich nicht und erfahre nicht, daß irgendwem Außenstehende und Politiker zu diesen Konferenzen mit Referaten hinzugezogen werden, was ich nach wie vor für dringend notwendig halte, und zwar schon allein aus dem Grunde, daß die Lehrer die einzelnen Politiker in ihrer Tätigkeit kennen und würdigen lernen. Herr Dr. Christoffel hat auf den großen Sozialisten des Altertums, Platon, hingewiesen, dessen Auffassung dieselbe ist, die wir hier im Landtag alle haben, nämlich, daß Erziehung immer politischen Charakter hat - nicht im parteipolitischen Sinne, durchaus nicht, das betone ich hier an dieser Stelle. Aber wenn man die Parteipolitiker madig macht, dann macht man damit die Politik auch madig.

(Beifall bei der SPD.)

und deshalb betone ich nochmals, es ist notwendig, daß wir gerade bei den Lehrern und berufenen Erziehern eine solche falsche Auffassung bekämpfen und sie dazu bringen, in der Politik nicht ein übles Handwerk zu sehen, sondern die höchste Aufgabe, die wir im Staat haben.

(Starker Beifall bei der SPD.)



**Vizepräsident Wilms:**

Das Wort hat der Abgeordnete Beckenbach von der SPD.

**Abg. Beckenbach:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es kommt mir nicht zu, mich hier über die Auffassung meiner Partei in bezug auf Kultur und Bildung auszulassen, das wurde von meinen beiden Parteifreunden, die dazu berufener sind als ich, in sehr eindringlicher und weitgehender Weise getan. Ich habe mich nur gewundert, daß die Kollegen von der CDU so gelacht haben, als mein Freund Schäfer über die Kultur, so wie er sie auffaßt und wie er sie gesehen hat, seine Ausführungen machte. Ja, es ist eine eigene Sache um die Kultur und um die Bildung. Ich will nicht annehmen, daß das ein Beweis dafür ist, daß die CDU zum erstenmal erkannt hat, daß wir auch einen Standardbegriff von Kultur und Bildung haben. Ich wollte das nur am Rande vermerken, meine Damen und Herren, um das in das richtige Verhältnis zu bringen.

(Abg. Spies: Was soll das?)

- Gut, ich habe mich verpflichtet gefühlt, darauf hinzuweisen, nehmen Sie es auf, wie Sie es für notwendig halten. Ich betone noch einmal, ich habe nur die Absicht, mit einigen wenigen Sätzen noch einmal auf ein sehr heikles Thema einzugehen, das uns in der zurückliegenden Zeit beschäftigt hat. Mein Freund Schäfer hat schon diese Frage gestreift, es ist die Berufsschule in unserem Lande Rheinland-Pfalz, wie sie sich jetzt auf der neuen gesetzlichen Grundlage des neu verabschiedeten Berufsschulgesetzes darstellt. Freund Christoffel hat erklärt - ich betone ausdrücklich Freund Christoffel, denn wir haben ja mal zusammen gefunkt und sind dabei Freunde geworden -

(Heiterkeit im Hause.)

er hat betont, daß die Kultur Geld kostet, und das war das Moment, Frau Dr. Gantenberg, was uns so sehr gegen dieses neue Berufsschulgesetz in seiner Auswirkung eingenommen hat und was uns auch bewogen hat - hauptsächlich bewogen hat -, diesem Berufsschulgesetz zunächst nicht unsere Zustimmung zu geben. Grundsätzlich dürfte der Standpunkt meiner Partei klar sein. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Berufsschulwesen wie das gesamte Schulwesen eine Aufgabe des Staates ist, und es liegt meines Erachtens nicht im Interesse der Bildung, die in diesen Berufsschulen vermittelt werden soll, wenn man sie Körperschaften aufbürdet, die finanziell bei weitem nicht in der Lage sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die neuen Träger, die Kreise, diese Aufgabe nicht erfüllen können. Wir ersehen aus dem Haushalt, daß die Belastung des Staates aus dem Berufsschulgesetz, wie es jetzt vorliegt, 3,2 Millionen Mark beträgt.

(Abg. Dr. Christoffel: Plus 1 Million für Berufsschulbauten, gleich 4 Millionen!)

Gut, das sind dann 4,2 Millionen Mark Herr Kollege Christoffel. Dann muß ich aber auch die Gesamtbelastung nach der sachlichen Seite heranziehen; die Gesamtbelastung, die sich aus dem Berufsschulgesetz ergibt, beträgt dann 18,5 Millionen Mark, ganz vorsichtig geschätzt. Wenn man z. B. die Zahlen von Herrn Landrat Salzmann zugrunde legt, die er uns verschiedentlich unterbreitet hat, wird diese Zahl noch sehr viel höher werden. Aber nehmen wir einmal die untere Grenze an, 18,5 Millionen. Von diesen 18,5 Millionen Mark trägt das Land 4,5 Millionen Mark. Stellen Sie

sich einmal vor, meine Damen und Herren, daß die anderen 14 Millionen von den Stadt- und Landkreisen aufgebracht werden müssen. Selbstverständlich sagen wir, daß sie aufgebracht werden müssen im Laufe der nächsten fünf Jahre. Meine Damen und Herren, ich bin kein Fachmann, aber die ganzen Äußerungen, die mir jetzt von Landräten und Berufsschullehrern zugetragen wurden, lassen für mich klar und unzweideutig erkennen, daß es völlig unmöglich ist, daß diese 14,5 Millionen Mark in fünf Jahren von unseren Stadt- und Landkreisen aufgebracht werden können; das ist völlig ausgeschlossen. Das ist für uns ein Grund gewesen, warum wir sagten, so kann es nicht gehen, so kann man keine Berufsschulbildung aufbauen, das ist nur zum Nachteil der Berufsschule, nur zum Nachteil der Bildung, die in den Berufsschulen vermittelt werden soll. Frau Dr. Gantenberg, das hat mich bewogen, zu sagen: Nein, so geht es nicht.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Wie wollten Sie es denn machen?)

- Ich stehe auf dem Standpunkt, für die nächsten fünf Jahre hätte das Land mindestens pro Jahr 3 Millionen Mark mehr übernehmen müssen.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Wenden Sie sich damit an den Finanzausschuß!)

- Woher es genommen werden sollte? Der Herr Finanzminister hat uns einmal erklärt - ich will das nur am Rande bemerken -, daß er in seinem Etat noch so eine stille Reserve hätte, die einmal mobilisiert werden würde, wenn die Forderungen des Herrn Schäfer sich in dem Umfang bewahrheiten sollten, wie er befürchtet. Da stand ich auf dem Standpunkt, die Bildung in unserem Lande geht vor! Wenn wir 3 Millionen in diesem Jahr vorabgezogen hätten von den stillen Reserven, auf die der Herr Finanzminister so stolz war in der letzten Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß, wenn wir die in die Berufsschulen gesteckt hätten,

(Zuruf des Abg. Spies!)

- Sie haben das vielleicht nicht gesehen. Herr Spies, Sie waren ja nicht dabei, das nur am Rande -, wenn wir diese 3 Millionen in diesem Jahr in die Berufsschule gesteckt hätten und Herr Schäfer hätte sie nicht bekommen, um eine Wehrmacht aufzubauen oder zum Wehrbeitrag eine Leistung zu vollbringen, die er glaubt in Höhe von 11,5 Milliarden vollbringen zu müssen, so wäre das, glaube ich, mehr im Interesse unserer Bevölkerung gewesen. Aber über die finanztechnische Seite will ich mich nicht weiter auslassen, ich möchte nur erwähnen, Frau Dr. Gantenberg, daß mir vor einigen Tagen der Finanzminister eines anderen Landes gesagt hat: wer nicht den Mut hat, im Interesse der Erhaltung des Landes und der Erhöhung der Leistung des Landes mit Schulden umzugehen und Schulden zu machen, hat seine Aufgabe nicht richtig erkannt. Aber, hat er erklärt, mit Schulden muß man umgehen können. Das ist eine Frage des ausgeglichenen Haushalts.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Meine beiden Freunde, die ja Lehrer sind, haben die uns zustehende Zeit beinahe in Anspruch genommen, und es soll noch einer meiner Freunde reden. Ich möchte mich einem persönlichen Anliegen widmen. Sie haben den Antrag II/251 der Fraktion der SPD vorliegen. Da werden Sie alle sagen, die reichen Rhein Hessen kommen wieder, die können nicht genug bekommen. In diesem Antrag II/251 meiner Fraktion wird der Landtag beauftragt zu beschließen, den Herrn Kultusminister oder den Herrn Finanzminister und



auch in Verbindung damit den Herrn Innenminister meinetwegen zu beauftragen, den neuen Trägern der Berufsschulen im Regierungsbezirk Rheinhessen eine gestaffelte Sonderzulage für die nächsten vier Jahre zu gewähren, weil sie nicht in der Lage sind, die in Rheinhessen bestehenden, voll ausgebauten Berufsschulen - wie sie in anderen Kreisen vielleicht in fünf oder sechs Jahren erst Wirklichkeit werden - mit der vollen Last jetzt schon zu übernehmen. Das Nähere geht aus der Begründung hervor. Es ist dies um so notwendiger, weil Nachforderungen an Personalkosten für die Berufsschulen in Höhe von 1,3 Millionen Mark für die beiden vergangenen Jahre zu leisten sind, die sich gründen auf die frühere hessische Regelung, daß 75 v. H. der Personalkosten der Berufsschulen von den Landkreisen zu tragen sind. Diese Träger sind in Rheinland-Pfalz so in die Enge gekommen, daß sie unter keinen Umständen in der Lage sind, diese beiden Belastungen, und zwar der nachfordernden Jahre und auch der voll laufenden Jahre von 1952 ab, zu übernehmen, wie es das Gesetz bedingt und verlangt. Wir haben uns im Haushalts- und Finanzausschuß weitgehend über die Frage unterhalten. Wir haben damals immer behauptet, man kann nicht einseitig die Verpflichtung zur Zahlung von 75 v. H. Kosten aus einer Verordnung eines anderen Landes herleiten, ohne auf der anderen Seite zu prüfen, ob die Kreise des eigenen Landes durch dessen Leistungen in der Lage sind, diese Belastung zu übernehmen. Mir liegen jetzt vor die Vergleiche zwischen den Zuweisungen an die Kreise und Gemeinden in Hessen auf Grund der in Hessen gültigen Finanzausgleichsgesetze und der gleichen Zuweisungen hier in Rheinhessen auf Grund des rheinisch-pfälzischen Finanzausgleichsgesetzes. Die Schlüsselzuweisungen betragen pro Kopf der Bevölkerung für 1951 in Hessen 8,33 DM, in Rheinland-Pfalz 3,34 DM, die Landkreis-schlüsselzuweisungen in Hessen 4,89 DM, in Rheinland-Pfalz 2,75 DM. Die Zahlen liegen auch für 1949/50 vor. Ich will sie nicht alle aufzählen, sondern nur beweisen, daß, wenn wir nach denselben gesetzlichen Richtlinien die Zuweisungen erhalten hätten, und wenn wir die Leistungen für die Personalkosten der Berufsschulen an das Land aufbringen müßten wie in Hessen, die Stadt- und Landkreise in Rheinhessen pro Jahr 854 000 DM an Gesamtzuweisungen mehr erhalten hätten, als das jetzt auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen im Lande Rheinland-Pfalz der Fall ist. Dann wäre es uns leicht möglich gewesen, diese 624 000 DM aufzubringen, die wir pro Jahr nachzahlen müssen. Aus diesem Grunde bitte ich das Hohe Haus, dem Regierungsbezirk Rheinhessen auch nur in etwa Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und diesen Antrag II/251 der Fraktion der SPD anzunehmen.

(Beifall bei der SPD.)

#### Vizepräsident Wilms:

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Gänger von der SPD.

#### Abg. Gänger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mein Schicksal, hinter Schullehrer- und Weinhändler-Freunden zu sprechen, darum sorgt der Uhrzeiger dafür, daß nicht mehr allzulange zu reden ist. Sie haben die Anträge II/249 und II/250 der Fraktion der SPD vor sich liegen. Daraus geht der Zweck hervor und auch, daß es bescheidene Summen sind, die aufzuwenden sind. Ich nehme gerne an, daß sich auch unser Herr Finanzminister für das Anliegen erwärmen kann.

Kunst und Volksbildung sind im allgemeinen Kulturetat eingepolstert. In den letzten Jahren konnte nicht viel dafür getan werden. In den letzten Tagen ist von verschiedenen Rednern die Zeit nach 1946 beschworen worden. In jener Zeit mußten zuerst die Schulen aufgebaut werden, Wohnungen mußten gebaut werden. Der Magen war uns damals näher als ein Bild an der Wand, oder die Schuhsohlen waren uns näher als die Schlösser auf den Höhen. Hier am Rhein haben wir altes Kulturgut mit vielen Schlössern, Burgen und sonstigen Kulturgütern. Wir haben die Verpflichtung, diese Kulturgüter zu erhalten und nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Ich freue mich darüber, daß wir bei Kapitel 24 Tit. 303 für bauliche Unterhaltung der staatlichen Schlösser von 40 000 auf 70 000 Mark gegangen sind und bei Tit. 304 für die Pflege staatseigener Denkmäler von 58 000 auf 70 000 DM. Vom Denkmalpflegeamt wurde nun eine Werbeschrift herausgegeben über unsere staatlichen Burgen und Schlösser in Rheinland-Pfalz. Dieses Buch ist in Kupfertiefdruck ausgeführt und im Text sehr ansprechend und ich glaube, daß es bestimmt ein gutes Werbemittel ist. Nur hat es den Schönheitsfehler, daß es nicht die Burgen und Schlösser von der Pfalz enthält. Es hört mit seinen Darstellungen bei Bingen auf. Ich führe das nun deshalb an, weil in Kap. 24 Tit. 240 5000 DM vorgesehen sind als Werbungsbeitrag zum Besuch der Schlösser und Burgen. Ich spreche den Wunsch aus, daß bei dieser Werbung auch die Pfalz berücksichtigt wird. Bei Betrachtung dieser Schrift könnte man fast annehmen, daß man die pfälzischen Burgen und Schlösser dem Verein Bayern-Pfalz überlassen wollte.

Nun, meine Damen und Herren, ein Wort zu Kap. 30, Staatsbeihilfen zur Förderung bildender Kunst. Herr Kollege Dr. Christoffel hat zum Ausdruck gebracht, daß die hier zur Verfügung gestellten Geldmittel dürftig sind. Die Gründe habe ich schon dargelegt. Der Antrag lautet, ja, diese 70 000 DM zur Förderung bildender Kunst auf 100 000 DM zu erhöhen. Es handelt sich hier jedoch nicht um Zuschüsse, Herr Kollege Dr. Christoffel, sondern um den Ankauf von Kunstwerken, um Stipendien zur Förderung des Ausstellungswesens sowie um einen Zuschuß für den Berufsverband bildender Künstler von Rheinland-Pfalz. Ich erinnere Sie daran, daß die Ausstellungen auch den Oberbürgermeistern zugutekommen. Wir haben im vergangenen Jahr eine Landesausstellung in Bad Kreuznach gehabt und hatten weitere Ausstellungen in Kaiserslautern, Trier, Speyer, Würth, Koblenz, Neuwied sowie in Neustadt. Auch die pfälzische Sezession hat eine Ausstellung gehabt, die in allen Großstädten des Bundesgebietes gezeigt worden ist.

Es wurde nun in diesen Tagen die vorgeschlagene Kommission für die verschiedenen Regierungsbezirke gebildet. Diejenige für die Pfalz hat sich am vergangenen Freitag in Neustadt konstituiert. Bürgermeister Dr. Reichert von Ludwigshafen wurde Vorsitzender. Dieser hat mir auch gesagt, daß die Stadt Ludwigshafen im abgelaufenen Etatjahr 25 000 Mark für den Ankauf von Werken der bildenden Kunst ausgegeben hat. Das ist eine schöne und beachtliche Leistung, wenn man in Vergleich setzt, was das Land tut. Ich habe mich gestern auch mit Herrn Regierungsrat Dr. Thal wegen dieser vorgeschlagenen Kommission unterhalten und ich habe den Eindruck, daß die Zusammenarbeit eine gute sein kann. Ich möchte hier auch zum Ausdruck bringen, daß in der Frage der bildenden Kunst die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Damen und Herren, die dort in dieser Kommission tätig sind, durchaus gut ist, obwohl es auf der Tagung manch-



mal Meinungsverschiedenheiten gegeben hat. - Wenn es die nicht gäbe, wären wir keine Menschen; sie liegen auch im Wesen der Sache.

Meine Damen und Herren! Es werden nun unsere Künstler, Musiker, Maler, Schriftsteller usw. mit verlockenden Angeboten aus der Ostzone angesprochen. Im vergangenen Jahre hatten wir in München ein Künstlertreffen, auf dem der Koordinierungsausschuß bildender Künstler Deutschlands gebildet wurde, ein Kommuniqué wurde herausgegeben und Resolutionen wurden angenommen, darunter auch solche gegen die Remilitarisierung und alle diese Dinge, die da eine Rolle spielen. Nach diesem Treffen hat man westdeutsche Maler aufgefordert, Kunstausstellungen in der Ostzone zu beschicken. Man hat dabei ein Handgeld von 1000 Mark zugesagt mit dem Versprechen weiterer Ankäufe. Ich führe das nur an, weil es bei unseren Betrachtungen über diesen Etatposten wichtig ist.

Nun haben Sie, Herr Kollege Dr. Christoffel, schon richtig darauf hingewiesen, daß es nicht mit den Zuschüssen für Ankäufe genügt, sondern daß man auch noch andere Wege gehen müsse. Ein solcher anderer Weg ist die künstlerische Ausgestaltung von Neubauten der öffentlichen Hand. Hierzu sind auch schon Verfügungen am 23. November 1949, 7. September 1950 und 25. Oktober 1950 erlassen worden. Deren Ausgangspunkt war in erster Linie das Bestreben, bildende Künstler durch Ankäufe ihrer Werke zu unterstützen. So findet auch das Werk des Künstlers wieder seinen Platz in der Öffentlichkeit.

Ich habe mich vor einigen Tagen mit dem Regierungsoberbaurat Adam unterhalten. Er sagte mir, daß sie Ernst machen mit dieser Verfügung. Es werden Preise von 6000 DM beim Arbeitsamt in Neustadt ausgeschrieben. Die Stadt Annweiler hat einiges getan. Ich erinnere an das Koblenzer Schloß oder an die Sparkasse in Koblenz, an die Sparkasse in Ludwigshafen. Ich möchte in diesem Zusammenhang an Sie alle appellieren; denn Sie haben draußen Einfluß, meine Damen und Herren, machen Sie mit dieser Verfügung Ernst.

Nun lassen Sie mich einige Bemerkungen zur Erwachsenenbildung machen. Wir haben in der Pfalz den „Verband für freie Volksbildung“. Das oberste Ziel des Verbandes ist - wie in seinen Satzungen festgelegt ist - die aktive Unterstützung der sogenannten ländlichen Erwachsenenbildung. Der Verband hat in 22 pfälzischen Orten eine intensive Arbeit aufgenommen. Er hat auch Sonderreferate; er beschäftigt sich mit den Volksbüchereien, mit Lichtbildstellen. Es ist ein Sonderreferat „Kampf gegen Schmutz und Schund“ vorhanden. Ich erinnere an die Trachtengruppen, von denen 21 in der Pfalz angeschlossen sind.

Im Kapitel 30 Titel 405 sind für diese Erwachsenenbildung 7500 DM vorgesehen. Praktisch genommen wird ja diese Arbeit von den Volkshochschulen mit übernommen. Die Zahl der Volkshochschulen unseres Landes wächst; sie beträgt jetzt 30. Sie dehnt mit einer beachtlichen und ständig wachsenden Zahl von Außenstellen ihre Arbeit auch auf die Landorte aus. Die rund 1400 Kurse und Lehrgänge, die an mehr als 15 000 Abenden über 20 000 eingeschriebene Teilnehmer umfaßten, sind in diesem Jahre weit überschritten. Das gilt besonders auch für die bürgerlichen und politischen Funktionen der Volkshochschulen, die der Arbeit der Volkshochschulen besondere Aufgaben, so der Lebenshilfe für den einzelnen, der aktiven Anteilnahme am öffentlichen Leben, des Hineinwachsens in Staat und Gesellschaft, der Verbundenheit der Nation am gemeinsamen Schicksal, zuweisen.

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, daß trotz aller Berücksichtigung der finanziellen Lage des Landes und der Absicht, einen balancierten Voranschlag zu erreichen, es möglich sein sollte, einen Betrag in Höhe von 150 000 DM für die Volkshochschulen vorzusehen. Damit will ich zum Schluß kommen. Ich möchte auf den eindringlichen Appell des Herrn Bundespräsidenten Prof. Dr. Heuss in seinem Handschreiben an den Ersten Deutschen Volksbildungstag in Frankfurt am Main Ende September des vergangenen Jahres hinweisen, in dem er sich zu der opfervollen, von Idealismus getragenen Arbeit der Volkshochschulen bekannte, die Tausenden von erwachsenen Menschen zur Existenzsicherung, zur Klärung ihres Weltbildes und zur Aufrichtung verholfen haben. Er betonte die grundlegende Bedeutung der Volkshochschularbeit für den werdenden Staat, für das organische Wachstum unseres demokratischen Lebens, indem sie den Menschen unserer Zeit die Vergangenheit richtig erkennen und die Aufgaben der Gegenwart begreifen läßt.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Wilms:

Das Wort hat der Abgeordnete Sommerey von der FDP.

Abg. Sommerey:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin betrübt, daß ich in diese - wie vorhin gesagt wurde - etwas lustlose Atmosphäre Dinge hineinbringen muß, die, wie ich fürchte, doch die Gemüter wieder etwas erregen werden.

(Zuruf von der SPD: Hoffentlich!)

Ich habe jedoch Beschwerden entgegennehmen müssen und muß sie pflichtmäßig hier behandeln, nachdem mir von den Beschwerdeführern gesagt wurde, daß alle sonstigen Wege, die sie beschritten haben, bisher zu keinem Ergebnis führten. Der Beschwerdeführer ist der Katholische oder - besser gesagt - sind Mitglieder des Katholischen Lehrervereins in Trier, die sich an mich, den evangelischen Abgeordneten, wandten, weil sie glaubten, sonst nirgendwo Recht zu bekommen.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Sie mögen aus dieser Tatsache schon ersehen - ich nannte ja den Katholischen Lehrerverein -, daß in diesem Verein wirklich nur gute Katholiken, die sich zu ihrer Kirche bekennen, vorhanden sind. Diese haben also ihre Gewissensnöte so überwunden, daß sie in diesem Fall zu mir kamen - allerdings möchte ich die Einschränkung gebrauchen, daß ja im Raum Trier nur ich allein vorhanden bin -, nachdem sie sich nicht mehr trauten, sich an die christlich-demokratischen Abgeordneten zu wenden. Sie haben mir sogar erklärt, daß sie auch gegen uns deswegen erhebliche Bedenken haben, weil wir in Koalition mit der CDU stehen.

(Heiterkeit und Lachen bei der SPD und FDP.)

Wir haben gestern feststellen müssen, daß die Unparteilichkeit, mit der die Regierung jene Gesetze handhaben soll, die sich um weltliche Dinge drehen, nicht immer ganz beachtet wurde. So zeigt sich auch in diesem Fall bei kühler Beobachtung, daß auch hier jene Unparteilichkeit nicht vorhanden ist, die notwendig ist, wenn das Sicherheitsgefühl der Beamtenschaft und auch des Volkes gestärkt oder erhalten werden soll.

Ich darf Ihnen nun hier die Beschwerde vortragen, die dieser Verband an mich richtete. Es ist folgendes



geschehen. Der Katholische Lehrerverein hat durch einzelne Mitglieder eine Resolution, eine Beschwerde an die Landesregierung, an den Herrn Ministerpräsidenten, an das Kultusministerium, an die Regierung in Trier, an das Schulreferat beim Bischof in Trier gerichtet. Das geschah bereits vor einem Vierteljahr, und man hat bis zum heutigen Tage keinerlei Antwort auf diese Dinge erhalten.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Da die Beschwerde sich lediglich um sachliche Dinge gedreht hat, so hätte man ja annehmen müssen, daß zum wenigsten eine Antwort hätte kommen können und kommen müssen. Nachdem keine Antwort kam, nachdem die Hoffnungen zerschlagen waren, nachdem auch sonstige Rücksprachen versöhnlicher Art zu keinem Ergebnis führten, hat man diesen Schritt zu mir tun müssen.

Es ist nun folgendes; am besten erwähne ich einen Einzelfall. Es sind und laufen Prozesse in der Trierer Lehrerschaft, über die ich nicht sprechen möchte; zum Teil sind sie entschieden, zum Teil laufen sie noch. Sie alle bewegen sich aber in dieser selben Richtung, die nun in Verbindung mit dem, was wir gestern gesehen haben, doch insgesamt bei dem Beobachter den Eindruck erwecken müssen, als ob dort von seiten einer bestimmten Stelle ein Vormarsch auf allen Gebieten angetreten wird, der auf machtpolitische Bestrebungen hinausgeht.

(Abg. Schäfer: Reichlich früh!)

Bei dieser Bestrebung scheut man sich nicht, sich in Dinge zu mischen, die nun doch - wie gesagt - Sache der Beauftragten des Volkes sind, der Regierung also, die über diese Dinge zu wachen hat.

Es ist folgendes geschehen: Es wird da ein hochqualifizierter Lehrer eines Tages zu dem Dirigenten bei der Regierung hinbestellt und ihm erklärt, daß er à conto seiner hohen Qualifikation zum Schulrat ausersuchen sei und daß er sich darauf einrichten könnte, nun diese Stelle demnächst anzutreten. Ein anderer Beamter dieser Regierung, der von dieser Eröffnung seines Vorgesetzten an diesen Herrn nichts wußte, trifft ihn draußen und sagt ihm auch: Sie sind ja der Favorit für diese Stelle. Da er allgemein als ein wirklich guter Lehrer anerkannt wurde, so glaubte er diesen Eröffnungen und richtete sich darauf ein. Plötzlich liest er dann nach drei oder vier Tagen in der Zeitung, daß ein anderer diese Stelle erhalten hat.

(Zuruf von der SPD: Kann vorkommen! -

Zuruf von der CDU: Kommt vor!)

Nachdem ihm nunmehr aber diese Eröffnungen sozusagen dienstlich gemacht wurden, war er natürlicherweise - wie wir das ja wohl alle gewesen wären - einigermaßen erstaunt. Er geht also noch einmal zu dieser Stelle hin. Wohlgermerkt: auch die Regierung hat dem Vorschlagsrecht dieses Schuldezernenten, des Herrn Oberregierungsrat Dr. Felten, die Zustimmung erteilt gehabt. Und nun stellt sich also heraus, daß das alles nicht stimmt und ein anderer dort an die Stelle tritt. Die Nachfrage ergibt ein Ausweichen dieses Herrn, und die bestimmte Frage, ob vielleicht einige Mitglieder des Vorstandes des Katholischen Lehrervereins bei ihm gewesen wären und entscheidend an dieser neuerlichen Entscheidung mitgewirkt hätten, bringt nur die Antwort: dazu muß ich mich verhalten wie ein Beichtvater gegenüber dem Beichtenden. Ich kann darüber nichts sagen!

Nun, alle weiteren Schritte, darüber etwas zu erfahren, verlaufen zunächst erfolglos. Jedenfalls tritt

an die Stelle des hochqualifizierten und höchst favorisierten Bewerbers ein anderer, der in keiner Weise diese Qualifikation besitzt,

(Abg. Dr. Habighorst: Nach Ansicht des Favoriten!)

der aber nach seiner eigenen persönlichen Aussage diese Stelle deswegen erhalten hat, weil er angeblich politisch Verfolgter ist und dies nun auf seine Bewerbung hat setzen müssen. Er selbst hat dazu gesagt: wenn ich diesen Satz daruntersetze, wird der Ministerpräsident schon unterschreiben. Seine ganze Verfolgung besteht aber darin, daß er innerhalb der Stadt Trier von Ost nach West versetzt wurde.

Es ist festgestellt, daß diese Kräfte in diesem Katholischen Lehrerverein mit dem Schulreferat im Bischöflichen Palais aufs engste zusammenarbeiten.

Es entsteht also hier nunmehr die Frage - ich will dabei gar nicht untersuchen und überlasse das Ihrer Entscheidung, aber im Zusammenhang mit dem, was wir gestern hörten, drängeln sich Schlüsse auf, um die wir in keiner Weise herumkommen -: wo bleibt nun die Toleranz, über die gestern gesprochen wurde. Man hat das vom Recht abgeleitet und hat dazu gesagt - wenn ich nicht irre, war es wohl so -, daß das eigene Recht dort seine Grenze findet, wo das des anderen beginnt.

(Abg. Frau Dr. Gantenberg: Es können nicht alle Schulräte werden!)

Wenn wir von diesem Satz ausgehen, dann frage ich: wo hört das Recht der Kirche auf und wo beginnt das Recht der Regierung?

(Heiterkeit bei der CDU.)

Wo hört das Recht der Regierung auf und beginnt das Recht des Beamten? Und wo hört das Recht der Kirche auf den Menschen gegenüber?

(Abg. Völker: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Diese Frage müssen wir einmal untersuchen. Ich meine, die Regierung, in diesem Falle das Schuldezernat, ist einzig und allein dazu da, daß sie nach Leistung handelt. Wenn ein hochqualifizierter Beamter diese Leistung hat, die Regierung das bestätigt und ihm diese Stelle anbietet, dann haben wir das Recht zu verlangen, daß nach dieser Leistung und den Gesetzen verfahren wird, die wir auf der weltlichen Basis aufgestellt haben.

(Beifall bei der SPD und FDP.)

Wir haben weiter zu verlangen, daß die Herren in der Regierung danach handeln.

(Kultusminister Dr. Finck: Etwas lauter, Herr Kollege. - Heiterkeit im Hause.)

Sie können es noch lauter haben, wenn Sie wollen. Sie werden es doch draußen erfahren, Herr Minister, verlassen Sie sich darauf! Wir haben lange genug zugehört und Sie haben lange genug unsere Beschwerden abgewiesen, wenn sie an Sie herangetragen worden sind, zum Teil mit Worten, die unerhört waren. Fragen Sie den Herrn Kollegen Martenstein. Darauf erst haben wir uns mit Ihnen befaßt. Es ist vielleicht notwendig, daß das einmal in aller Deutlichkeit gesagt wird, nicht deswegen, weil wir politischen Zielen nachgehen, sondern reines Recht haben wollen und uns für das Recht einsetzen. Glauben Sie mir, es fällt mir bestimmt schwer, hier über diese Dinge zu sprechen. Denn ich habe mich ja auch einmal zu Ihnen bekannt und bin weggegangen, weil ich feststellen mußte, daß dort kein Recht herrscht und daß nicht dafür gekämpft wird, sondern ganz andere Dinge dafür maßgebend sind.



Sie glauben vielleicht, daß Sie nun, wenn Sie immer wieder dieser Forderung der Kirche nachgeben, damit ihr dienen. Nein, im Gegenteil. Bitte, bedenken Sie an Hand des gestrigen Gespräches und des heutigen, daß Sie ihr vielleicht schaden. Die guten Menschen, die darin sind, sind ja nur weggegangen, weil sie kein Recht mehr gefunden haben. Prüfen Sie die Fälle. Ich habe nur einen einzigen herausgegriffen. Ich könnte Ihnen noch ganz andere vorlegen, ich habe sie da. Aber ich verzichte darauf, das zu tun in der Hoffnung, daß Sie selbst sich an die eigene Brust schlagen und eines Tages doch darüber nachdenken, daß hier und in dieser Weise nicht gehandelt worden kann, sondern daß gerade wenn wir der Kirche dienen wollen - wir sie zurückverweisen auf ihre Aufgaben, sich um das Seelenheil zu kümmern und sich von den Dingen fernzuhalten, die unsere Sache sind und bleiben sollen.

(Beifall bei der SPD und FDP.)

Es ist weiter noch zu sagen, ich tue das mit Schmerz: In diesem christlichen Staat herrscht eine Angst, wie sie im nationalsozialistischen Staat nicht vorhanden war.

(Widerspruch bei der CDU und Oho-Rufe.)

Es ist gut, daß Sie Oho sagen. Gehen Sie doch mal auf die Dörfer. Ich habe in allen meinen Versammlungen jetzt gefragt: Haben sie Angst? Jawohl wurde mir gesagt. Wir wagen nicht so frei aufzutreten, wie das notwendig wäre. Ich frage Sie: Ist das christlich? Ich meine nicht, daß das christlich ist. Sie brauchen nicht darüber zu lachen, sondern Sie können sich leicht orientieren, wie ich das jeden Tag erfahre in der Wirtschaft. Kein Kaufmann wagt den Mund aufzutun, weil er fürchtet, hintenherum - wie sie mir gesagt haben - abgewürgt zu werden.

(Abg. Schlick: Wo sind denn die Konzentrationslager, Herr Kollege?)

- Die brauchen Sie nicht. Sie haben Ihre Zäune um die Gehirne aufgerichtet, die sind viel schlimmer als Konzentrationslager!

(Sehr große Unruhe bei der CDU. - Abg. Wolters: Dafür müssen Sie nach hier kommen! Sie haben uns hier noch gerade gefehlt! - Abg. Schlick: Unerhört! - Widerspruch bei der CDU. - Abg. Dr. Habighorst und Abg. Josten: Unerhört! - Glocke des Präsidenten. - Abg. Korbach: Unverschämtheit! Abg. Weis: Wir werden noch darauf hinweisen! - Abg. Wolters: Wir kommen noch darauf zurück!)

- Jawohl, so ist das!

(Abg. Dr. Habighorst: Unerhört! - Glocke des Präsidenten.)

#### Vizepräsident Wilms:

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe!

(Abg. Völker: Ich wollte gerade darauf hinweisen, Herr Präsident! - Abg. Wolters: Wir kommen darauf zurück!)

#### Abg. Sommerey (fortfahrend):

- Kommen Sie darauf zurück! Aber das können Sie selbst in Trier feststellen. Wenn Sie das tun, werden Sie das leicht feststellen. Mit solchen Reden kommen Sie da nicht hin.

(Abg. Wolters: Ich werde Ihnen sagen, was sie in CDU-Versammlungen gesagt haben. - Sehr starker Widerspruch, in Lärm übergehend. - Glocke des Präsidenten.)

#### Vizepräsident Wilms:

Herr Abgeordneter Sommerey, ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen!

(Abg. Weis: Verlassen Sie sich darauf. - Abg. Völker: Herr Präsident, verschaffen Sie dem Redner Ruhe! - Abg. Wolters: Weil Sie bei der CDU nicht zum Zuge gekommen sind.)

#### Abg. Sommerey (fortfahrend):

- Glauben Sie ja nicht, daß ich zum Zuge gekommen bin, und bilden Sie sich nicht ein, Herr Wolters, daß ich das jemals wollte. Die FDP hat sich drei Monate darum bemüht, daß ich hierhingekommen bin. Ich habe es immer abgelehnt, drei Monate lang. Sie müssen nicht glauben, daß Sie noch so zugkräftig sind, wie Sie das hier darstellen wollen. So ist das ja nicht!

(Schr große Unruhe. - Widerspruch bei der CDU. - Zurufe der Abg. Korbach, Weis und Josten: Ungläublich, Unverschämtheit! - Glocke des Präsidenten.)

#### Vizepräsident Wilms:

Ich bitte um Ruhe! Lassen Sie erst den Redner aussprechen!

(Weiter anhaltende sehr starke Unruhe! - Abg. Weis: Das ist die letzte Etappe! - Anhaltender Widerspruch mit weiteren Zurufen von der CDU: Unerhört! - Abg. Weis: Wir kommen darauf zurück. - Abg. Frau Dr. Gantenberg: Darauf können Sie sich verlassen!)

#### Abg. Sommerey (fortfahrend):

Ich komme zum Schluß!

(Zurufe von der CDU: Gott sei Dank!)

Ich habe eingangs gesagt, daß ich betrübt bin, diese Dinge hier vorzubringen. Noch einmal muß ich Ihnen sagen, daß ich sie nicht vorgebracht habe aus irgendeiner politischen Konzeption,

(Heiterkeit bei der CDU.)

sondern weil diese Menschen an mich herangetreten sind. Sie werden Gelegenheit haben, diese Vorgänge zu bereinigen und auch von den einzelnen dieser Herren Positives über die Sache zu erfahren. Wir werden uns wahrscheinlich über diese Angelegenheit dann noch einmal unterhalten können.

(Abg. Frau Dr. Gantenberg: Darauf können Sie sich verlassen!)

Aber das eine sage ich Ihnen: Es wäre gut, wenn Sie alle jene Kräfte, die dieses Gespräch mit veranlaßt haben, nämlich jene Kräfte in der Kirche, die zu weit vorstoßen, dämmen würden, damit wir wirklich zu einer Toleranz kommen.

(Beifall bei der SPD und FDP.)

#### Vizepräsident Wilms:

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Hertel von der SPD.

#### Abg. Hertel:

Meine Damen und Herren! Vorgestern hat der Herr Ministerpräsident einem dort am Pulte stehenden Abgeordneten den Zwischenruf gemacht: „Machen Sie sich doch nicht lächerlich!“



Leider muß ich heute morgen feststellen, daß auch der Herr Kultusminister nicht das Maß Beherrschung gezeigt hat, wie die Distanzierung der Landesregierung vom Parlament und die besondere Stellung der Landesregierung, deren Mitglied der Herr Kultusminister ist, es angebracht erscheinen läßt.

Ich bin der Auffassung, daß es sich der Landtag in seiner Gesamtheit verbitten muß, daß der Herr Ministerpräsident oder Minister derartige Zwischenrufe machen. Der Abgeordnete, der dort steht, ist vom Volke gewählt und hat das Recht, sich so auszusprechen, wie es seinem Mandat entsprechend und dem Stoff, den er behandelt, geziemt.

(Abg. Schuler: Solange er in parlamentarischen Formen bleibt. - Abg. Bögl: Bin ich nicht in parlamentarischer Form geblieben? - Abg. Schuler: Von Ihnen war nicht die Rede! - Kultusminister Dr. Finck: Ich bin doch auch Abgeordneter! - Abg. Völker: Aber nur, wenn Sie unten sitzen, Herr Minister!)

#### Vizepräsident Wilms:

Meine Damen und Herren! Das Präsidium nimmt die Erklärung des Herrn Abgeordneten Hertel zur Kenntnis.

Die Rednerliste ist erschöpft. Das Schlußwort hat Herr Kultusminister Dr. Finck.

#### Kultusminister Dr. Finck:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu der Erklärung des Herrn Abgeordneten Hertel habe ich folgendes festzustellen:

1. ist jedes Mitglied der Regierung - oder wenigstens die fünf Mitglieder der Regierung - auch Mitglied des Landtages, und

(Zurufe von der SPD: Nur wenn sie hier unten sitzen!)

2. muß ich mir es verbitten, mich hier anschreien zu lassen.

(Sehr richtig! bei der CDU. - Abg. Hertel: Das war die begreifliche Erregung des Abgeordneten! - Heiterkeit bei der CDU.)

Nun wollen wir es wieder etwas gemütlicher halten!

(Heiterkeit im Hause.)

Ich muß meinem alten Freund Schäfer herzlich danken für den lieblichen Schwanengesang, den er mir gesungen hat, als angeblich bald scheidender Minister. Aber ich habe in meinem Horoskop nachgesehen!

(Heiterkeit im Hause.)

Für Montag steht darin: Die Woche wird für Sie gut gehen!

(Erneute Heiterkeit im Hause.)

Es steht dabei: Aber hüten Sie sich vor Liebesabenteuern!

(Erneute starke Heiterkeit im Hause.)

Meine Damen und Herren! Dem Schwanengesang meines Freundes Schäfer bitte ich einen ganz kleinen Finkenschlag hinzufügen zu dürfen!

(Weitere Heiterkeit im Hause.)

Zunächst möchte ich einige kleinere Tatsachen richtigstellen. Herr Martenstein hat mich schon sehr oft, und heute wiederum, gefragt, wie es steht mit der Akademie in Worms. Der Herr Oberbürgermeister von Worms, Herr Kollege Völker, hat mir vor einiger Zeit auch schon geschrieben, ich möchte ihm doch Auskunft

geben, es würde immer wieder das Gerücht verbreitet, die Akademie in Worms solle verschwinden.

Dieses Gerücht, meine Damen und Herren, ist die hartnäckigste Erscheinung, die ich im 20. Jahrhundert erlebt habe.

(Heiterkeit im Hause.)

Es ist einfach nicht aus der Welt zu bringen, und wenn ich hundertmal und tausendmal sage: in Worms bleibt die Pädagogische Akademie, solange es im Lande Pädagogische Akademien gibt!

(Beifall im Hause.)

Ich glaube, das habe ich dem Herrn Oberbürgermeister auch schriftlich mitgeteilt.

(Abg. Völker: Jawohl, das stimmt, Herr Minister!

- Abg. Martenstein: Sorgen Sie dafür, daß die Herren ihre Stellen bekommen!)

- Ich kann nicht auch noch dem Enten- und Hühnergackern von Worms nachgehen!

(Heiterkeit im Hause.)

Die CDU-Fraktion hat einen Antrag eingebracht auf Erhöhung des Stellenplanes des Volksschulreferats. Es wurde in einer Besprechung folgendes festgelegt:

Durch Verwaltungsmaßnahmen wird die Möglichkeit geschaffen werden, aus den noch freien Stellen - wir haben noch ziemlich viel freie Stellen - bei Titel 101 das gleiche Ergebnis zu erzielen, wie es der Antrag zu erreichen beabsichtigt.

Vielleicht kann die CDU-Fraktion dementsprechend dazu Stellung nehmen.

Nun, meine Damen und Herren, noch ein paar Worte über die künftigen Aufgaben. Selbst wenn ich im Strudel der Ereignisse als Kultusminister untergehen werde, dann habe ich wenigstens das eine gute Gefühl, daß der Nachfolger noch allerhand Arbeit vorfinden wird.

(Heiterkeit im Hause. - Abg. Markscheffel: Daran zweifeln wir nicht!)

- Herr Markscheffel, Sie haben gute Aussichten!

(Heiterkeit im Hause.)

Wir haben zwar im letzten halben Jahr fleißig gearbeitet und haben allerhand hinter uns gebracht: das Berufsschulgesetz, das Schulpflichtgesetz und vor allen Dingen eines, meine Damen und Herren, die Vorbereitung zur Durchführung des Landtagsbeschlusses, daß in allen Schulen staatspolitischer Unterricht gegeben werden soll! Ich bin der Überzeugung, wenn wir uns nach einem Jahre sprechen, Herr Kollege Dr. Asholt, und die Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt haben, werden wir wohl nicht mehr so viel Skepsis und Mißtrauen vorfinden, wie es vielleicht jetzt noch vorhanden ist. Ich verstehe das. Es ist ja eine neue Sache, und aller Anfang ist schwer. Es sind etwa 35 Konferenzen abgehalten worden. Wir haben die staatsbürgerliche Schulung schon soweit betrieben, daß wir zu jeder Landtagssitzung junge Leute, Studenten, Schüler und Lehrer hierher gebracht haben. Auch heute sind wiederum die Bezirksseminare von Speyer und Kaiserslautern da.

Ich kann Ihnen sagen, daß meine Befürchtung, es würde an Lehrern fehlen, die sich bereit erklären, mitzutun, sich zum Glück nicht als gerechtfertigt erwiesen hat. Wir haben durch unsere Kurse, durch unsere Tagungen und Vorträge erreicht, daß die Lehrerschaft großes Interesse gezeigt und sich aus freien Stücken für dieses neue Unterrichtsfach zur Verfügung gestellt hat. Es ist in diesem Kreis erkannt worden, meine Damen und Herren, daß gerade für den Erzieher der Jugend eine Verpflichtung sich selbst gegen-



über besteht, und es ist erkannt worden, daß Politik nicht - wie man meinen könnte - das Geschäft eines Berufspolitikers ist -

(Abg. Hertel: Bismarcks Drecklinie!)

- Bismarcks Drecklinie, ja, sondern daß Politik eine Angelegenheit des Geistes ist und eine moralische und sittliche Verpflichtung darstellt.

Der staatspolitische Unterricht wird, wie Sie es, meine Damen und Herren, vor einem halben Jahre hier beschlossen haben, durchgeführt werden. Wir werden die Konferenzen weiterführen, und ich versichere Ihnen heute schon, daß Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, die Führer von Gewerkschaften und Wirtschaftsorganisationen, Oberbürgermeister und Landräte, und alle die, die im praktischen politischen Leben stehen, Begegnungen haben werden mit unserer Jugend und daß wir Sie bitten werden, entsprechende Vorträge zu halten.

(Bravo-Rufe bei der SPD.)

Es ist selbstverständlich, aber ich bitte, dafür Verständnis zu haben, daß wir damit nicht begonnen haben. Wir haben uns zunächst mit den Lehrern zusammengesetzt, weil wir der Auffassung sind, daß dieses Unterrichtsfach der Lehrer geben muß. Darum haben wir zunächst einmal die Sache unterrichtsmäßig, in pädagogischer und wissenschaftlicher Hinsicht, geregelt. Aber es ist selbstverständlich, daß die Lehrer und die Schüler mit der lebendigen Politik und mit den führenden politischen Männern zusammenkommen müssen, daß sie sich miteinander unterhalten und daß sie sich - wir können manchmal auch von der Jugend etwas lernen - gegenseitig aufklären.

Was die übrigen Dinge angeht, meine Damen und Herren, so wird das Hochschulgesetz bald kommen. Auch die Rationalisierung des höheren Schulwesens wird wirklich in Angriff genommen werden. Versuche sind früher schon gemacht worden. In dem letzten halben Jahr, meine Damen und Herren, war es mir nicht möglich, mich in einem etwas größeren Ausmaß mit diesem Problem zu befassen. Aber nachdem nun der Etat unter Dach und Fach ist, werden wir dieses Problem in Angriff nehmen. Dabei handelt es sich nicht nur um die äußere Organisation, sondern auch, wie Sie, Herr Kollege Asholt, mit Recht gesagt haben, um die innere Reform, die ja noch wichtiger ist als die äußere Organisation. Wir werden dann auch die Durchführung des Berufsschulgesetzes betreiben müssen. Es werden sich dabei sicherlich allerlei Schwierigkeiten herausstellen. Aber ich bin auch hier der Überzeugung, daß, wenn wir einmal das erste Jahr, in dem das neue Berufsschulgesetz sich auswirken soll, hinter uns haben, auch die Skeptiker diesem Gesetz etwas gläubiger gegenüberstehen werden. Wir wollen uns wenigstens in diesem Sinne Mühe geben.

Was die Lehrerbesoldung angeht, so steht fest - und darüber sind wir uns ja schon lange einig -, daß es mit dieser Besoldung so nicht weiter geht. Es handelt sich hier um die Besoldung der Lehrer sämtlicher Schulgattungen, insbesondere aber um die der Volksschullehrer und vor allem der Junglehrer. Hier müssen in diesem Jahre, und zwar recht bald, entscheidende Besserungen eintreten. Es darf nicht vorkommen - wie es in Hamburg oder Bremen der Fall gewesen sein soll -, daß ein Lehrer lieber Nachtwächter wird. Die Aufgabe des Nachtwächters in Ehren, - ich möchte ja keiner sein -

(Abg. Hertel: Sie haben nachts was anderes zu tun! - Heiterkeit im Hause.)

- wir treiben sonst Nachtwacherei! Aber es ist ein Symptom, und zwar ein Symptom dafür, meine Damen

und Herren, wie heute die geistige Arbeit überhaupt gewertet wird. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die geistigen Arbeiter - nicht nur die Lehrer, aber in allererster Linie auch die Lehrer - heute nicht mehr materiell so ausgestattet und sichergestellt sind, wie sie es auf Grund ihrer Aufgabe sein müßten. Die übrigen Bevölkerungsschichten nehmen etwas mehr daran teil. Es gibt natürlich auch Leute, bei denen die Bezahlung auch da noch nicht langt, aber bei dem geistigen Arbeiter ist doch ein derartiger Mangel an entsprechender Bewertung seiner Arbeit,

(Abg. Matthes: Sehr wahr!)

an moralischer und materieller Vergütung für seine Arbeit festzustellen und zu beklagen, daß wir uns alle hier Gedanken und Sorgen darüber machen müssen, wie wir eine Besserung erreichen.

Die Rückwirkungen dieser schlechten Bezahlung bei den Lehrern sind verschiedener Art. Erstens können diese Lehrer für ihre eigene Fortbildung nichts mehr tun, und das wäre sehr notwendig. Sie können sich ja kaum ein Buch kaufen; und die Rückwirkung davon ist wieder die, daß ernsthafte Buchverlage im Kampf ums Dasein stehen und um die nackte Existenz ringen. Darum ist schon aus diesem Grunde eine bessere Lehrerbesoldung notwendig. Um so erfreulicher ist es, daß trotz dieser schlechten materiellen Lage der Lehrerberuf in allen Schulgattungen nach wie vor noch einen entsprechenden Zugang und Zuwachs aufzuweisen hat. Es fragt nicht jeder nur nach dem Gehalt, nach dem, was er verdient, sondern es steckt sehr viel Idealismus gerade in dem Lehrerberuf, in dem pädagogischen Beruf. Für diesen Idealismus, mit dem unsere Lehrer an ihre Arbeit gehen, müssen wir den Lehrern dankbar sein. Dafür sollte vor allen Dingen auch die Jugend dankbar sein.

Meine Damen und Herren, ich will noch ganz kurz auf die Not der Schulhäuser zu sprechen kommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einen Appell noch einmal an unsere Gemeinden richten. Ich weiß, daß die Gemeinden schlecht gestellt sind. Aber es ist doch Tatsache, daß seit Jahrzehnten gerade die Volksschulbauten und die Erneuerung der Volksschulen stark vernachlässigt worden sind. Nicht in allen Gemeinden, aber in vielen Gemeinden. Und auch heute noch ist nicht in allen Gemeinden der Sinn dafür da, daß eigentlich die kulturellen Anstalten, die Bauten für Volksschulen, im Vordergrund stehen müssen. Ich will Ihnen an einem Beispiel zeigen - ich nenne keinen Namen -, wie es nicht gemacht werden soll. In unserem Lande ist eine Stadt von etwa 30 000 Einwohnern, die hat für 750 000 Mark eine Sparkasse - ich möchte beinahe sagen - Sparkassenpalast gebaut. Tausend Meter von diesem neu errichteten Sparkassenpalast ist eine alte Volksschule - die nicht vom Krieg mitgenommen worden ist! -, deren Zustände polizeiwidrig sind. Der Fußboden, die Gänge, die Abortverhältnisse sind in einem bejammernswerten Zustand. Dieselbe Stadt hat aber tausend Meter davon für die Sparkasse ein großes Haus gebaut, in Ordnung, - aber ob man hier 750 000 DM hat verbauen müssen und dort nichts hat anlegen können, ich möchte doch erwähnen, daß man es so nicht machen darf.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Ich will Sie nicht weiter belästigen, ich möchte Ihnen nur danken, meine Damen und Herren, für die Arbeit insbesondere im Haushalts- und Finanzausschuß und im Kulturpolitischen Ausschuß, ich möchte Ihnen danken für die 100 Millionen, die Sie der Kulturabteilung dieses Landes zur Verfügung ge-



stellt haben. Meinerseits nehmen Sie die Versicherung und das Versprechen entgegen, daß wir uns alle Mühe geben werden, diese 100 Millionen umzuwandeln in bedeutende kulturelle Werte im Interesse unserer Jugend und unseres Volkes.

(Beifall bei den Regierungsparteien!)

**Vizepräsident Wilms:**

Das Wort hat der Abgeordnete Schlick von der CDU.

**Abg. Schlick:**

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Sommerey hat soeben hier erklärt, das Volk - so haben wir es verstanden - in Rheinland-Pfalz lebe hier in größerer Angst und Furcht als im Dritten Reich.

(Abg. Matthes: Unerhört!)

Diese von dem Herrn Präsidenten leider nicht gerügte Äußerung ist geeignet, das Ansehen und Vertrauen in die demokratischen Freiheiten unseres Landes und der gesamten westdeutschen Bundesrepublik auf das schwerste zu erschüttern!

(Sehr wahr! und Sehr richtig! bei der CDU. -  
Starker Beifall bei der CDU.)

Wir bedauern außerordentlich -

(Abg. Claus: Dann müssen Sie auch sagen,  
in welchem Zusammenhang. - Unruhe. -  
Glocke des Präsidenten.)

daß der Herr Abgeordnete Sommerey, der uns wiederholt hier Proben seiner nationalen Haltung geben wollte, in dieser Art und Weise gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes und der gesamten Deutschen Bundesrepublik auf das gröblichste verstoßen hat.

(Starker Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Wilms:**

Meine Damen und Herren! Wenn der Abgeordnete Schlick geglaubt hat, das Präsidium darauf hinweisen zu müssen, daß ich einen Ausdruck nicht gerügt habe, dann stelle ich fest, daß diese Äußerung nicht in der Weise geschehen ist, wie Sie es jetzt bringen. Das Protokoll wird zeigen, in welchem Zusammenhang das gesagt wurde.

(Unruhe und Beifall bei der FDP.)

Ich hatte keine Veranlassung für einen Ordnungsruf. Ich habe lediglich den Redner einmal zur Sache gerufen, um diese hitzige Aussprache etwas einzudämmen. Liegen weitere Wortmeldungen vor? Der Abgeordnete Sommerey von der FDP hat das Wort.

**Abg. Sommerey:**

Meine Damen und Herren! Der Sinn meiner Ausführungen dürfte jeden einzelnen von Ihnen überzeugt haben - ich habe es vorausgeschickt -, daß es sich hier um eine Beschwerde handelt aus einem bestimmten Kreise heraus und daß ich gezwungen bin, als Abgeordneter dieser Beschwerde Rechnung zu tragen und mich für diese Menschen, die glauben, daß ihr Recht verletzt ist und - wie ich mich überzeugte - verletzt war, einzusetzen und die Dinge zur Sprache zu bringen. Wenn ich dabei hier darauf hingewiesen habe, daß in Teilen von Rheinland-Pfalz, die ich nannte und in denen ich die Angst feststellen konnte - und Sie können das, das habe ich gesagt, jeden Tag auch feststellen, daß hier Angst und Sorge und Furcht herrschen vor einem System, welches sich nicht scheut, Dinge zu tun, die weit über den Rahmen dessen hin-

ausgehen, was es zu tun hat. Dies ist eine Feststellung gewesen, die mit dem Vaterland und allem anderen gar nichts zu tun hat. Ich, der ich zwei Kriege hinter mir habe und als Soldat in diesen Kriegen stand, verbitte mir, von irgend jemand in meiner Treue zu meinem Vaterland angezweifelt zu werden.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der FDP.)

**Abg. Schlick:**

Meine Damen und Herren! Es ist zwecklos, nunmehr eine Debatte über den Inhalt der von Herrn Sommerey abgegebenen Erklärung zu führen. Herr Abgeordneter Sommerey, Sie haben sogar detailliert auf wieviel Gebieten des öffentlichen Lebens diese Einschränkung, diese Angst und Furcht besteht. Ich bedauere außerordentlich, daß Sie durch eine solche Entstellung, die mit Ihrer ersten Motivierung gar nicht übereinstimmt, die Sache zu entkräften versuchen.

**Vizepräsident Wilms:**

Meine Damen und Herren! Sie ermächtigen wohl das Präsidium, daß es auf Grund des stenographischen Berichtes die Sache untersucht und im Ältestenrat bespricht.

(Abg. Dr. Gantenberg: Sehr gut!)

Damit dürfte die Angelegenheit zunächst erledigt sein.

Meine Damen und Herren! Die Regierung hatte ihre Vorlage vor den Beratungen des Kultusministeriums eingebracht. Wir haben in den Ausschußberatungen auch noch einige Änderungen getroffen, die Ihnen in der Drucksache II/228 vorliegen. Dazu kommt nun eine Menge Abänderungsanträge, die zum Teil gestern und zum Teil erst heute früh eingereicht wurden. Ich hätte nun vorzuschlagen, daß wir zuerst über die eingereichten Anträge abstimmen. Ich darf annehmen, daß die Begründung dieser Anträge im Laufe der Debatte gegeben ist und daß wir daher jetzt auf eine nochmalige Begründung verzichten können.

Ich rufe deshalb auf den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache II/251, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Landtag wolle beschließen:

In sinngemäßer Anwendung des § 19 Ziffer 5 des Berufsschulgesetzes vom 3. März 1952 wird der Kultusminister ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Innenministerium den rheinhessischen Berufsschulträgern im Jahre 1952 die Hälfte, im Jahre 1953 zwei Fünftel, im Jahre 1954 ein Viertel und im Jahre 1955 ein Fünftel des auf sie entfallenden Anteils der Personalkosten der Berufsschule zu erstatten.“

Ich habe den Antrag deshalb noch einmal verlesen, weil seine Entscheidung Bedeutung hat.

Nunmehr hat Herr Finanzminister Dr. Nowack ums Wort gebeten. Ich erteile es ihm.

**Finanzminister Dr. Nowack:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, als ob der Herr Kultusminister diesen Antrag übersehen oder vergessen hat, zu ihm Stellung zu nehmen.

(Staatsminister Dr. Finck: Besten Dank!)

Ich möchte diese Stellungnahme nachholen. Wir haben vor einigen Wochen für das ganze Land ein einheitliches Berufsschulgesetz beschlossen, nachdem wir bisher auf diesem Gebiet eine Vielfalt von Bestimmungen gehabt haben. Nachdem wir nun einmal ein einheit-



liches Berufsschulgesetz geschaffen haben, können wir doch nicht jetzt wenige Wochen später, nun erneut eine Verschiedenheit herbeiführen.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Ich möchte daher das Hohe Haus bitten, diesen Antrag abzulehnen, um die einmal geschaffene Einheitlichkeit auf dem Gebiete des Berufsschulwesens aufrecht zu erhalten.

**Vizepräsident Wilms:**

Das Wort hat Abgeordneter Beckenbach von der SPD.

**Abg. Beckenbach:**

Ich darf wohl vom Platze aus sprechen! Es geht bei dem hier zur Debatte stehenden Antrag darum, die Mittel, die durch § 19 Ziffer 5 ja zur Verfügung gestellt sind, nach Maßgabe dieses Vorschlages zu verteilen. Diejenigen Landkreise, die Aufbauschüsse erhalten, weil sie aus eigener Kraft nicht in der Lage sind aufzubauen, müssen auch aus den bereitgestellten Mitteln befriedigt werden. Ebenso kann es hier geschehen. Es ist keine Zersplitterung des Gesetzes, sondern ein besonderer Hinweis für besondere Verwendung der Mittel in einem vorgesehenen Etat.

**Vizepräsident Wilms:**

Herr Abgeordneter Beckenbach! Sie haben vorhin schon die Begründung gegeben. Ich habe das genau verfolgt.

Wir kommen also zur Abstimmung des Antrags der Fraktion der SPD in Drucksache II/251. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe nun auf Drucksache II/235. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen! - Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun auf Drucksache II/237. Das Wort dazu hat der Abgeordnete Dr. Christoffel von der CDU.

**Abg. Dr. Christoffel:**

Meine Damen und Herren! Der Herr Kultusminister hat vorhin angedeutet, daß der Herr Finanzminister aus finanztechnischen Gründen eine andere Regelung dessen, was hier vorgeschlagen ist, von sich aus empfiehlt, aber eine Regelung, die den Inhalt und den Sinn dieses Antrages materiell vollauf erfüllt. Insofern halten wir nun, da ja das, was wir wollten, erreicht ist, diesen Antrag für überflüssig.

**Vizepräsident Wilms:**

Es ist der Antrag der Herren Abgeordneten Dr. Boden und Dr. Christoffel. Wollen Sie den Antrag zurücknehmen?

(Abg. Dr. Christoffel: Ja, ich ziehe ihn damit zurück!)

Meine Damen und Herren! Der Antrag II/237 wurde zurückgezogen. Er ist damit erledigt.

Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß neben dem Antrag II/235 über die Berufsschule soeben noch ein neuer Antrag mit Drucksache II/268 eingereicht wurde. Dieser ist der weitestgehende, da in ihm eine Erhöhung der Mittel von 280 000 auf 320 000 Mark vorgeschlagen wird. Ich muß auch über diesen Antrag abstimmen lassen. -

Wollen Sie, Herr Abg. Bauer, das Wort zur Begründung?

Das Wort hat der Abgeordnete Bauer von der SPD.

**Abg. Bauer:**

Meine Damen und Herren! Der Herr Justizminister Becher hat sich in einer Sitzung in Koblenz bemüht gefühlt zu erzählen, der sozialdemokratische Abgeordnete Hertel habe sich bisher immer gegen eine Unterstützung der Technischen Lehranstalt in Koblenz ausgesprochen. Wir Sozialdemokraten finden es eigenartig, daß ein Minister in dieser Weise Proselyten machend durch die Lande zieht. Die SPD war und ist stets bereit, kulturelle und bildende Einrichtungen zu fördern, nicht zuletzt, weil ja unser ganzer politischer Wille gerade die Teilnahme an den kulturellen Werten und Schätzen den Menschen erleichtern will. Gerade der Abgeordnete Hertel betreibt die Förderung aller kulturellen Angelegenheiten geradezu mit einer gewissen Leidenschaft, sozusagen als politisches Steckpferd. Die Damen und Herren aus dem Kulturpolitischen Ausschuss werden das bestätigen.

In der erwähnten Sitzung in Koblenz vereinbarten die anwesenden Abgeordneten aller drei Parteien, einen gemeinsamen Antrag in der Sache der technischen Lehranstalten einzubringen. Nachdem diese Vereinbarung nicht gehalten wurde, beantragt die sozialdemokratische Fraktion für die Vereinigten technischen Lehranstalten in Koblenz und die Rheinische Ingenieurschule in Bingen je 50 000 Mark als einmaligen Zuschuss zu bewilligen.

Die Koblenzer Schule hat sich seit ihrer Gründung als eine echte Notwendigkeit erwiesen. Ihre Leistungen sind anerkannt und bester Beweis dafür: daß die Schule ein echtes Bedürfnis erfüllt, ist die Tatsache, daß neben den Abteilungen Bauwesen und Maschinenwesen eine weitere Abteilung Elektrotechnik eingerichtet werden konnte und mußte. Über 600 junge Menschen studieren dort. Die Anstalten sollten von uns dadurch unterstützt werden, daß dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei entsprochen wird.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Wilms:**

Meine Damen und Herren! Sie haben die Begründung gehört. Wünscht noch jemand das Wort?

Das Wort hat der Abgeordnete Schuler von der CDU.

**Abg. Schuler:**

Meine Damen und Herren! Ich habe Bedenken, ob der Antrag in dieser gestellten Form beschlossen werden kann. Wir haben vorhin beschlossen, für jede der Schulen 30 000 DM zu bewilligen. Bei Annahme müßte meines Erachtens dieser Antrag dahin abgeändert werden, daß es lauten müsse: „weitere 20 000 DM“.

**Vizepräsident Wilms:**

Das ist ja nicht der Fall. Ich wurde von dem Herrn Abgeordneten Bauer darauf aufmerksam gemacht, daß er vor einer Viertelstunde einen weiteren Antrag abgegeben hat, der in Drucksache II/268 niedergelegt ist, und daß wir hier irrtümlich, das sage ich ausdrücklich, über Drucksache II/235 abgestimmt haben. Ich will diese Abstimmung noch nicht wieder rückgängig machen, denn ich wollte erst den weitestgehenden Antrag zur Abstimmung bringen. Wird dieser nun abgelehnt, dann, meine Damen und Herren, ist der Antrag in Drucksache II/235 doch wieder gültig.



Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle zur Abstimmung Drucksache II/268, Antrag der Fraktion der SPD, wie er soeben von dem Herrn Abgeordneten Bauer begründet wurde. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenprobe! - Das müßte man auszählen. Ich bitte nochmals um die Gegenprobe! - Wir stellen 32 abgegebene Stimmen fest. Ich bitte, nochmals das Handzeichen zu geben, wer dafür ist. Das sind 42 Abgeordnete. Also ist dieser Antrag in Drucksache II/268 angenommen.

(Beifall bei der SPD.)

Die vorhergehende Abstimmung über den Antrag in Drucksache II/235 wird als nichtig erklärt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Drucksache II/249, Antrag der Fraktion der SPD.

„Der Landtag wolle beschließen:

Im Einzelplan IX wird folgender Ansatz geändert:  
Kapitel 30, Titel 403:  
Staatsbeihilfe für das Volkshochschul-  
wesen und Erwachsenenbildung 150 000 DM.“

Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. -

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ihre ganze Aufmerksamkeit. Ich frage nochmals, wer für diesen Antrag in Drucksache II/249 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! -

(Abg. Völker: Das erstere war die Mehrheit!)

Stimmenthaltung! - Der Antrag ist angenommen mit überwiegender Mehrheit.

Wir kommen nun zur Drucksache II/250, Antrag der Fraktion der SPD. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Bauer: Zur Geschäftsordnung!)

**Vizepräsident Wilms:**

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Bauer von der SPD.

**Abg. Bauer:**

Ich bitte doch Inhalt und Titel der Anträge anzugeben.

**Vizepräsident Wilms:**

Meine Damen und Herren! Deshalb macht sich doch das Landtagsbüro die Mühe, Ihnen die Anträge gedruckt vorzulegen,

(Abg. Matthes: Sehr richtig!)

um eine schnellere Durchführung zu bewerkstelligen.

**Abg. Bauer:**

Ich möchte doch bitten, die Titel und den Text bekanntzugeben. Die Sitzungen des Landtages sind öffentlich. Die Zuhörer können sich unter den Angaben „Drucksache Nr. ...“ nichts vorstellen. Ich bitte Sie deshalb, so zu verfahren.

**Vizepräsident Wilms:**

Gut! Dann wollen wir so verfahren. Ich verlese also den Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache II/250:

„Der Landtag wolle beschließen:

Im Einzelplan IX werden die Ansätze wie folgt geändert:

1. Kapitel 30, Titel 400:  
Staatsbeihilfen zur Förderung der bildenden Künste 100 000 DM
2. Kapitel 30, Titel 402:  
Staatsbeihilfe für Literatur 25 000 DM
3. Kapitel 30, Titel 408:  
Zuschuß für das Historische Museum Speyer 20 000 DM“

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Drucksache II/267: Antrag der Fraktion der CDU zur Drucksache II/182/228 - Landesgesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1952 - Einzelplan IX - Ministerium für Unterricht und Kultus -:

„Der Landtag wolle beschließen:

Bei Kapitel 6 wird ein neuer Titel geschaffen:  
Titel 800: Landeszuschuß für die Akademie der Wissenschaften und Literatur Mainz 80 000 DM“

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD.)

- Meine Damen und Herren! Ich lasse auszählen. Bei der Annahme waren die meisten Stimmen bei der CDU.

(Zurufe von der SPD: Auszählen!)

- Ich lasse auszählen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - 35. - Wer ist dagegen. - Ja, meine Herren, Sie haben vorhin geschlafen, von der rechten Seite.

(Stürmische Heiterkeit im Hause.)

Meine Damen und Herren! Ich muß das feststellen. Wenn ich aufrufe, dann haben Sie zu stimmen. Es ist ein ganz anderes Bild. Jetzt stelle ich fest, daß mit Mehrheit abgelehnt ist.

(Zurufe von der SPD: Vorhin auch!)

Meine Damen und Herren! Sie dürfen mir schon gestatten, daß ich, wenn ich Sie von hier oben sehe, mir sofort ein Bild machen kann, wie Sie abstimmen. Ich möchte das Präsidium ersuchen, die Drucksachen vorzulegen, und die Herren Abgeordneten bitten, sich vorher mit der Sache zu beschäftigen und nicht erst im Verlauf der Abstimmung.

Wir haben noch über eine Berichtigung abzustimmen.

(Zuruf: Brauchen wir nicht!)

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf die Drucksache II/228. Das ist die gedruckte Drucksache, die die Änderungen des Haushalts- und Finanzausschusses verzeichnet. Wer dieser Drucksache zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Ja, meine Herren, jetzt schlafen Sie!

(Abg. Völker: Es schläft kein Abgeordneter, Herr Präsident!)

Wer für diese Drucksache ist, den bitte ich um Erhebung der rechten Hand. - Einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den Einzelplan IX, Titel und Überschrift, Kap. 1, - Kap. 2a, - Kap. 2b, - Kap. 3, - Kap. 4, - Kap. 6, - Kap. 7, - Kap. 8, - Kap. 9, - Kap. 10, - Kap. 11, - Kap. 12, - Kap. 13, - Kap. 14, - Kap. 15, - Kap. 16, - Kap. 17, - Kap. 18, - Kap. 21, - Kap. 22, - Kap. 23, - Kap. 24, - Kap. 25, - Kap. 26, - Kap. 27, - Kap. 30 und Kap. 31.



Wer diesem Einzelplan zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Wer enthält sich der Stimme? - Bei Stimmenthaltung der SPD ist der Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen danken, daß Sie behilflich waren, diese Abstimmung so glücklich durchzuführen.

(Lebhafte ironische Heiterkeit und Lachen im Hause.)

Ich möchte Sie bitten, daß wir uns doch einmal über diese Verfahrensfrage unterhalten. Der Wust von Anträgen, der immer noch kommt, wenn die Ausschüsse schon beendet sind, erschwert dem Präsidium die Verhandlung und Abstimmung. Das heutige Verfahren möchte ich dadurch entschuldigen, daß die gestrige Tagung wohl dazu beigetragen hat, Sie nicht mehr ganz aufnahmefähig zu machen.

Meine Damen und Herren! Die nächste Landtags-sitzung findet am kommenden Montag um 11 Uhr statt. Die 18. Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 12,35 Uhr.